



München, im März 2014

*2014 blicke ich auf 50 Jahre meiner systematischen Beschäftigung mit der deutsch-jüdischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert sowie mit dem Nahen Osten zurück: mit Israel, den Palästinensern und nicht zuletzt wegen der regionalen Kontexte, in denen sich der Jahrhundertkonflikt bewegt, mit den Nachbarstaaten Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon. Nach Vollendung des 75. Lebensjahres sollte es genug sein. Es war eine Zeit der Hoffnungen und der Erwartungen, der Schmerzen, der Enttäuschungen – und der Arbeit. Der erste Entwurf meiner Bilanz ist im Dezember 2013 erschienen.*

*Ich schaue auf Gespräche und Begegnungen mit mir politisch nahestehenden Freunde in der Bundesrepublik Deutschland, mit Persönlichkeiten in Israel, in den palästinensischen Gebieten sowie in der arabischen Welt, auf Kontakte zu dort stationierten Botschaftern, zu Fraktionen im Deutschen Bundestag sowie zu Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes in Berlin. Ohne ihre Einsichten, Kommentare und Interpretationen wäre mir manches Gespür für politische Entwicklungen im Nahen Osten verborgen geblieben. Doch mein besonderer Dank gilt natürlich und in erster Linie meiner Frau Judith und ihrer fast unendlichen Geduld für die Zeit, in der*

*ich am Schreibtisch gesessen habe, worüber die privaten Interessen viel zu kurz gekommen sind.*

*Dass ich vielen Freunden und Bekannten in Nah und Fern über die Jahre hinweg für die freundliche Begleitung und für die vielfältigen Anregungen sehr zu Dank verpflichtet bin, darf nicht unerwähnt bleiben. Das Foto auf dem Titelblatt stammt aus einer Veranstaltung 2012 in Reutlingen, den Text hat freundlicherweise Erhard Arendt vom „Palästina-Portal“ spontan eingebaut.*

## I. Die Anfänge

Aus zeitgeschichtlichen und persönlichen Gründen begann meine Arbeit mit dem Aufbruch, der Entfaltung und dem Niedergang des jüdischen Lebens im deutschen Sprachraum. Als Angehöriger des Jahrgangs 1939 ist mir in Berlin schon als Schüler Gerald Reitlingers Buch „Die Endlösung – Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939 – 1945“ (1956) in die Hände gefallen. Im selben Jahr bekam ich Eleonore Sterlings „Er ist wie Du. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland (1815 – 1850)“ geschenkt. 1960 befand sich auf meinem Bücherbrett Gerhard Schoenberners kommentierter Bildband „Der gelbe Stern“. Doch ebenso interessierten mich Themen aus jüdischer Kultur und Religion. An sie führte mich besonders ein Freund heran, der nach der erzwungenen Emigration in Tel Aviv nunmehr die Bibliothek im Kellergeschoss des Jüdischen Gemeindehauses in der Fasanenstraße leitete, wo er mir neben alten Büchern die Bestände der Wochenzeitung des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glauben“ (C.V.) vorlegte.

Der Staat Israel erregte – im Nachgang sei es eingestanden – kaum meine Aufmerksamkeit. Erst als die Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen im März 1965 bekannt wurden, kam ich diesem Thema näher. Für die Deutsch-Israelische Studiengruppe (DIS) an der Freien Universität fehlte mir die Zeit, und die Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) wenig später unter Führung von Gerhard Jahn (SPD) fand nur über die mediale Berichterstattung mein Interesse.

Vielleicht hing meine Zurückhaltung auch damit zusammen, dass die israelische Regierung mit Levi Eshkol an der Spitze einem Offizier der Wehrmacht, Rolf Pauls, die Akkreditierung als erstem Botschafter erteilte. Pauls war bekanntermaßen nicht an deutschen Verbrechen beteiligt, doch es ging um die politische Symbolik der beidseitigen Absprache. Ein Stipendium des „Honnefer Modells“ kam nicht in Frage: Von diesem Staat, dessen *„Aufarbeitung der Vergangenheit“* in den Kinderschuhen steckte, wollte ich kein Geld. So kam es, dass ich mein Studium durch Werksarbeit finanzieren musste. Nur einmal habe ich nach langem Zögern von einer Stiftung ein kleines Reisestipendium in Anspruch genommen.

Während des Geschichtsstudiums am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität ließ mich die Beschämung nicht los, dass sich der „Centralverein“ trotz des unterschwellig und allzu häufig offenen Antisemitismus in den Behörden, in der Politik und in der Gesellschaft schon im Kaiserreich unverbrüchlich zur *„vaterländischen Gesinnung“* bekannte. Fast folgerichtig wurde die politische Publizistik dieser größten deutsch-jüdischen Mitgliedervereinigung das Thema meiner Promotionsarbeit, die mit einem Studienaufenthalt in der Londoner „Wiener Library“ (benannt nach dem letzten C.V.-Syndikus Alfred Wiener) verbunden war. Dort fand ich die Wochenzeitung der mich besonders interessierenden Jahrgänge 1922 bis 1933 vollständig vor. Freilich blieben mir die Archivbestände des Vereins verschlossen, weil – wie ich nur andeutungsweise erfuhr – Arnold Paucker zur selben Zeit an seinem Buch arbeitete<sup>1</sup>. Unter Nutzung bisher unzugänglicher Materialien liegt inzwischen die aufschlussreiche Zusatzuntersuchung von Avraham Barkai mit der Entwicklung *„vom ‚Abwehrverein‘ zum ‚Gesinnungsverein‘“* vor<sup>2</sup>.

Vielleicht darum dürfte ich zu den ersten gehört haben, die Anfang der 1980er Jahre in Kenntnis der Arbeiten von Wilhelm Heitmeyer (Bielefeld) im Rahmen der Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen darauf hinwiesen, dass der politische Rechtsextremismus und der Antisemitismus in die bürgerliche Mitte Eingang gefunden haben. Mitte 1993 stellte ein führender Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn) auf meine Nachfrage *„ohne weiteres“* fest,

<sup>1</sup> Arnold Paucker: *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*. Tübingen 1968.

<sup>2</sup> Avraham Barkai: *„Wehrt Euch!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893 – 1938*. München 2002.

*„dass ein – von mir nicht zu quantifizierender – Anteil selbst der Teilnehmer und Teilnehmerinnen an den Israel-Studienreisen der BpB latent bis kaum verhüllt antisemitisches Gedankenmaterial transportiert. Da diese Reisen – gleichsam von Rechts wegen – den Auftrag erfüllen sollen, antisemitische und fremdenfeindliche Tendenzen in der deutschen Gesellschaft über die Vermittlung von Informationen und Erfahrungen an Multiplikatoren der politischen Bildung zu bekämpfen, ist zu fragen, ob wir diesen Erwartungen als ‚Erwachsenenbildner‘ gerecht werden (können).“*

Im Frühsommer 2013 wurden meiner Frau und mir unter falscher Absenderangabe zwei Fragebögen zugestellt, in denen wir den „*Abstammungsnachweis*“ erbringen sollten. Eher aus Resignation haben wir darauf verzichtet, den Vorfall den Behörden anzuzeigen.

## II. Antijüdisches Vorurteil und Nahostkonflikt

Noch vor nicht allzu langer Zeit wollte meine Frau Judith, die in Jerusalem geboren wurde und deren Großeltern mütterlicherseits 1943 von Erfurt nach Auschwitz deportiert wurden, jüdische „Fluchtinstinkte“ – wie sie der von mir verehrte Germanist und Historiker Adolf Leschnitzer (New York/Berlin) genannt hat – mit der Begründung von sich weisen, dass sie eine israelische Identität habe. Als sie 1966 mit einem Stipendium zum Studium in die bayerische Landeshauptstadt kam, waren ihr Achtung und Bewunderung wegen der Aufbauleistungen des Staates Israel sicher. Das hat sich gründlich geändert.

Heute wird sie häufig aufgefordert, sich für die Flucht ihrer Eltern nach Palästina zu rechtfertigen, weil diese doch für die Verdrängung und Vertreibung der arabischen Bevölkerung ursächlich sei. Spiegelverkehrt ist sie von Münchner Juden jüngst als „*Alibijüdin*“ antizionistischer „*Israelhasser*“ diffamiert worden, weil sie die jüdische Sprecherin der „Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München“ ist – „jüdisch“ insofern, weil manche Mitglieder keine israelischen Staatsbürger sind. Ein Antrag in der Repräsentantenversammlung, ihr künftig den Zutritt zum Gemeindehaus zu verwehren, fand keine Zustimmung.

*Lasst die Shoah dort, wo sie hingehört, in Europa, und den israelisch-palästinensischen Konflikt im Nahen Osten*, lautete die Quintessenz einer ihrer Zeitschriftenbeiträge. Damit war und ist nicht die Abwehr der traumatischen Ängste gemeint, die der Publizist Ari Shavit für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in seinem nüchternen Buch „My Promised Land“<sup>3</sup> aufgelistet hat, als Erwin Rommels „Wüstenfüchse“ bis an die ägyptische Grenze vorrückten und die Briten daran dachten, ihre nahöstliche Bastion zugunsten Indiens aufzugeben.

Doch der plötzliche Vollbesitz der Macht drei Jahre nach 1945, der nach den Worten von Mark H. Ellis eine innerjüdische Identitätskrise auslöste<sup>4</sup>, wischte skrupulöse Bedenken beiseite. Das Ergebnis war die palästinensische Katastrophe („*Nakba*“). „*Die Juden wurden zu Nichtjuden*“, hat Shavit den Jerusalemer Politologen Zeev Sternhell zitiert, der – 1935 in Galizien geboren – im Gegensatz zu seinen Eltern und seiner Schwester nur knapp den deutschen Vernichtungssorgen entkam. Wie andere bemühte sich Sternhell um die Identität eines nichtjüdischen Israelis, der die „*Shoah*“ nicht an sich heranlassen wollte.

### III. Das doppelte Credo

Zwischen 2004 und 2010 haben meine Frau und ich als Vorstand der „Initiative Stolpersteine für München“ für alle Opfergruppen des NS-Terrors gearbeitet. Zuvor hatte der Stadtrat mit den Stimmen der SPD, der CSU und der FDP – die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen war gespalten, die Ratsmitglieder der LINKEN/Rosa Liste stimmten dagegen – den absurden Beschluss gefasst, ausgerechnet in der einstigen „Hauptstadt der Bewegung“ die Verlegung von „Stolpersteinen“ auf öffentlichem Grund zu verbieten – als ob die Entrechtung und Deportation nicht auf

<sup>3</sup> Ari Shavit: *My Promised Land. The Triumph and Tragedy of Israel*. New York 2013.

<sup>4</sup> Mark Ellis: *Toward a Jewish Theology of Liberation. The Challenge of the 21st Century*. Waco, Texas, 2004; ders.: *Israel and the Palestinians: Out of the Ashes – The Search for Jewish Identity in the Twentieth Century*. London 2002. Eine ausführliche Rezension beider Bücher findet sich unter [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-86-Ellis.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-86-Ellis.pdf). Außerdem Yaron Ezrahi: *Gewalt und Gewissen. Israels langer Weg in die Moderne*. Berlin 1998.

staatlichen Befehl erfolgt seien. Alle amtlichen Begründungen hielten einer Prüfung nicht stand.

Dass die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Charlotte Knobloch beim Zünden der ersten Chanukka-Kerze 2007 überdies meine Frau und mich als „Gedenktäter“ bezeichnete, symbolisierte einmal mehr das Bemühen, die Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft politisch und ästhetisch zu monopolisieren. Die von Knobloch gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ nachgeschobene Rechtfertigung ihrer Äußerung misslang gründlich. Auch ihre einem Überlebenden gegebene schriftliche Zusage, die Namen seiner ermordeten Mutter und Geschwister so lange nicht im Erinnerungsfeld des Gemeindehauses am St.-Jakobs-Platz zu dokumentieren, solange sie die Verlegung von „Stolpersteinen“ zu ihrem Gedenken blockiert, hielt die Präsidentin nicht ein.

Zurück in die 1960er Jahre meines Studiums und der ersten Berufstätigkeit.

Da ich während der Studienzeit vom Berliner Pädagogischen Zentrum eingeladen war, an Unterrichtsmodellen zur jüdischen Geschichte für – wie wir heute sagen würden – die Sekundarstufe II mitzuarbeiten, erreichte mich kurz nach dem Junikrieg 1967 die Einladung der Landeszentrale für politische Bildung, nach Israel mitzureisen. Drei Monate später traf die zweite Einladung ein, diesmal aus Hannover.

Wie viele Besucher Israels konnte ich mich der Faszination des Landes nicht entziehen. Vermutlich aufgrund meiner Kenntnisse in jüdischer Geschichte fühlte ich eine Vertrautheit, die durch Begegnungen mit aus Deutschland stammenden Juden – den „Jekkes“ – noch bestärkt wurde. Ihnen war Selbstmitleid fremd, und dem jungen Deutschen begegneten sie ohne anklägerische Untertöne. Als Berliner, dem die Bundeswehr erspart geblieben war, fühlte ich zwar keine Begeisterung über den Sieg im Sechs-Tage-Krieg, doch konnte ich sie nachvollziehen. Erste Wehrmutstropfen lagerten sich allerdings ein, als wir von unseren „Guides“ stolz von einem Schlachtfeld auf den Golanhöhen zum nächsten und an die Grenze zum Gazastreifen gefahren wurden. Dort erlebte ich im Gespräch mit Bewohnern des Kibbuz Kerem Shalom („Weingarten des Friedens“) zum ersten Mal ein anderes Israel: eines der politischen Nachdenklichkeit über das Danaer-Geschenk der

eroberten Gebiete und der praktischen Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge des jüngsten Krieges.

Zum anderen wunderte es mich, dass sich die Ortsvorsteher arabischer Dörfer im Norden Israels als außerordentlich loyale Staatsbürger präsentierten, obwohl doch im November 1965 Ministerpräsident Levi Eshkol vor der Knesset erklärt hatte, dass die anderthalb Jahrzehnte anhaltende militärische Kontrolle der vornehmlich arabisch besiedelten Gebiete nunmehr von Polizeikontrollen abgelöst werde und der dadurch bewirkte Abbau der arabischen Feindschaft der Gründung von ein paar Dutzend jüdischer Dörfer in Galiläa zugutekomme.

Nach einer Empfehlung von Israel Koenig, dem „Northern District Commissioner“ beim Innenminister, sollten elf Jahre später die arabischen Bewohner Galiläas durch materielle Anreize zur Auswanderung ermutigt werden; der Widerstand, der mehreren Menschen das Leben kostete, gegen umfangreiche Landenteignungen formierte sich am „Tag des Bodens“ am 30. März 1976, der seither jedes Jahr begangen wird.

2012 verwarnten sich die Leitungen arabischer Kommunen gegen Pläne der Zionistischen Weltorganisation, vier neue Städte für 100.000 jüdische Israelis zu errichten, um in Galiläa die „*demographische Balance*“ durchzusetzen. Anfang 2013 verkündete Außenminister Avigdor Lieberman, dass er keinem Friedensvertrag zustimmen werde, der nicht die arabische Bevölkerung im Kleinen Dreieck zwischen Hadera und Afula sowie in der Ortschaft Wadi Ara an einen palästinensischen Staat abgebe. Ich komme in Verbindung mit einer Bemerkung Benjamin Netanjahus zum Verhältnis gegenüber den palästinensischen Staatsbürgern Israels darauf zurück.

Nach den Jahren in Berlin folgte ein zweijähriges Zwischenspiel beim Saarländischen Rundfunk in Saarbrücken – eine Zeit erster Unbeschwertheit nach den von der Werksarbeit begleiteten Anstrengungen des Studiums. Ich genoss die Freude an der Redaktionsarbeit auf dem Halberg und am engen Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen.

#### IV. Über Saarbrücken nach Bonn

Im Herbst 1970 erreichte mich die Anfrage von Walter Sylten, dem Verwaltungschef des Berliner Bezirks Zehlendorf und Mitglied im Präsidium der DIG, ob ich die Leitung der Geschäftsstelle in Bonn übernehmen wolle. Nach dem Vorstellungsgespräch machte mich erstmals der Alttestamentler und damalige Rektor der Universität Heidelberg Rolf Rendtorff vorsichtig auf das politische Minenfeld aufmerksam, in das ich mich begeben würde. Wie Recht er hatte. Zu meinen Aufgaben gehörte es, gegenüber den Gesprächspartnern vor allem im Auswärtigen Amt und im Innenministerium, das für die Förderung des deutsch-israelischen Jugendaustauschs zuständig war, politische Positionen zu vertreten, die mir angesichts des fortschreitenden Siedlungsprojekts in den besetzten Gebieten Magenschmerzen bereiteten. Herbert Wehners Vorstellung von Anfang der 1970er Jahre, einen deutschen Beitrag zur Beendigung des Nahostkonflikts zu leisten und dabei die DIG als ein vorpolitisches Instrument einzusetzen, stieß sich an der Veröffentlichung durch die WELT und am Nachklang der Euphorie über den israelischen Sieg von 1967.

Ein persönlicher Erfolg war hingegen die Beauftragung, für die Bundeszentrale für politische Bildung und deren „Informationen zur politischen Bildung“ ein Heft zur „Geschichte des jüdischen Volkes“ zu schreiben; bis 1991 erreichte es fünf überarbeitete Auflagen. Ein zweites Projekt ähnlicher Art, diesmal kommentierte „Quellen zur jüdischen Geschichte“, erblickte wenig später im Stuttgarter Klett-Verlag mit nachfolgend mehreren Auflagen das Licht der Öffentlichkeit. 1983 folgte gemeinsam mit Karlheinz Schneider und Yasmin Hamdan die Herausgabe des Sammelbandes „Der Palästina-Konflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven“<sup>5</sup> mit namhaften israelischen und palästinensischen Autoren aus Politik und Wissenschaft.

Die Arbeit in der DIG hingegen entwickelte sich Schritt für Schritt zur persönlichen Katastrophe. Vier Beispiele sollen genügen:

---

<sup>5</sup> Bad Wörishofen.



– Für die alljährlichen Reisen des Präsidiums war es selbstverständlich, dass ich Informationsmaterialien und für den Präsidenten Heinz Westphal, Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Sprechzettel vorzubereiten hatte. Beim Empfang durch Staatspräsident Yitzhak Ben-Zvi im Frühsommer 1972 trug Westphal in seiner Grußbotschaft die deutsche Verpflichtung für Israels sichere und anerkannte sowie – ergänzt auf besonderen Wunsch der israelischen Botschaft in Bonn – für verteidigungsfähige Grenzen (gemeint war die dauerhafte Militärpräsenz am Suezkanal) vor. Zum Abschluss der Zeremonie nahm uns ein hoher Mitarbeiter Ben-Zvis zur Seite und belehrte uns, dass Israel schon selbst für seine Sicherheit Sorge. Wir waren von unserer politischen Einfalt peinlich berührt, die sich steigerte, als sich im Zuge des Entflechtungsabkommens mit Ägypten 1974 das israelische Militär vom Suezkanal zurückzog. Hatten wir uns nicht dazu bekannt, dass er für die Sicherheit Israels unverzichtbar sei?

Auch kein Gedanke kam, als wir dem Präsidenten 1972 unsere Aufwartung machten, bei uns auf, dass Israels Sicherheitsinteressen schicksalhaft an die der Palästinenser gebunden sind. Auf der Jahrestagung des „Institute for National Security Studies“ in Tel Aviv Ende Januar 2014 hat Shimon Peres die rhetorische Frage gestellt, wovor sich Israel als eine der stärksten Militärmächte der Welt denn fürchte: *„Heute können unsere Raketen jeden Ort der Welt erreichen.“* Ehud Barak hatte sich in seiner Funktion als Verteidigungsminister früher in ähnlicher Weise geäußert.

– Bei einer Veranstaltung im Berliner Jüdischen Gemeindehaus stellte einer der politischen Wortführer, Yochanan Bloch (gemäß seiner Selbsteinschätzung Jurist, Religionswissenschaftler, Philosoph und Psychologe, aber vor allem Vertreter des zionistischen Revisionismus in der Nachfolge von Zeev Jabotinsky) nicht nur mich zur Rede, was uns wohl einfalle, für den Verzicht Israels auf die palästinensischen Gebiete zu plädieren. Wir sollten uns stattdessen gefälligst in Bonn für die Rückgabe der deutschen Ostgebiete einsetzen. Gegenreden waren aus der Versammlung nicht zu vernehmen.

– Am 05. September 1972 stürmten bei den Olympischen Spielen in München Mitglieder der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September“ das

Wohnquartier der israelischen Mannschaft. Elf Israelis und ein deutscher Polizist starben. Die vom DIG-Präsidium eingeleitete bundesweite Spendenaktion erbrachte einen ansehnlichen Betrag. Als wir den Scheck dem damaligen Botschafter Eliashiv Ben-Horin mit der Bitte um Weiterleitung an die Hinterbliebenen übergaben, wurden wir dahingehend unterrichtet, dass das Geld für die Sicherheit des Staates Israel Verwendung finden solle. Noch Jahre später waren in Israel Verfahren anhängig, bei denen Menschen in ähnlich gelagerten Fällen ihr Recht zu erstreiten suchten. Als im Oktober desselben Jahres von palästinensischen Terroristen eine Lufthansa-Maschine über Jugoslawien entführt wurde und die Bundesregierung ihrer Forderung nach Freilassung von drei palästinensischen Häftlingen nachkam, waren mir alle Türen in Tel Aviv und Jerusalem verschlossen.

- Mit dem Wechsel in der Bad Godesberger Botschaft von Ben-Horin zu Yohanan Meroz verbanden sich viele Hoffnungen. Er sprach ein makellooses, wenn auch leicht von alt-preußischer Strenge geprägtes Deutsch und traf mit dem Ruf eines Liberalen in der Bundeshauptstadt ein. Die Enttäuschung griff allseits bald um sich. Was meine Arbeit betraf, versuchte Meroz über seine Mitarbeiter und Gewährsleute im DIG-Präsidium, auf meine Alltagsarbeit einzuwirken.

Während meiner dienstlichen und privaten Aufenthalte in Israel hatte ich zahlreiche Menschen kennengelernt, denen ich mich politisch nahefühlte. Zu ihnen gehörten Uri Avnery, der unvergessene Rechtsanwalt Arthur Bergmann (er verteidigte arabische Strafgefangene, intervenierte zu ihrem Gunsten in Ministerien und war zeitweilig Präsident der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, aus der er sich schnell wieder zurückzog), der Leiter der arabischen Abteilung der „Vereinigten Arbeiterpartei“ („Mapam“) Latif Dori, Pnina und Eliezer Feiler aus dem Kibbuz „Yad Hanna“ (Feiler gehörte zu den ersten Israelis, die politisch davon überzeugt waren, dass Verbindungen zur PLO unumgänglich seien; zu den Folgen gehörten mehrere Strafbefehle. Seine Frau Pnina nimmt noch heute an Mahnwachen der „Frauen in Schwarz“ teil), die Friedensaktivisten Reuven Moskowitz (Mitbegründer des jüdisch-arabischen Friedensdorfes „Oase des Friedens“ [„Neve Shalom / Wahat al-Salam“]), Gideon Spiro (der aus politischen Gründen aus dem Dienst entfernte Lehrer und Journalist stand später an der Spitze der Gruppe „Yesh Gvul“ [„Es gibt eine

Grenze“], die den Libanon-Krieg 1982 ablehnte), der frühere Generalstähler Meir Pail (er führte uns in die Rivalitäten unter den Militärs über das Verständnis von „*sicheren und verteidigungsfähigen Grenzen*“ ein) sowie der emeritierte Jerusalemer Erziehungswissenschaftler Akiva Ernst Simon (1899 – 1988)<sup>6</sup>. Auffällig bleibt, dass in der Liste palästinensische Gesprächspartner fehlten.

Die Gespräche in Tel Aviv wurden durch regelmäßige Treffen mit dem Herausgeber der Monatszeitschrift „New Outlook“ Simcha Flapan ergänzt, der als erster „*neuer Historiker*“ eine kritische Geschichte zur „Geburt Israels<sup>7</sup>“ schrieb. „New Outlook“ war in den 1950er Jahren von Martin Buber (1878 – 1965) mitbegründet worden. Flapan und seinen engen Weggefährten David Shaham habe ich während ihrer Besuche zu Terminen im Bonner Ollenhauerhaus begleitet. Ihnen allen wollte ich hin und wieder Raum in den von mir begründeten „DIG-Informationen“ geben. Als Anfang 1994 Flapans Monatszeitschrift „New Outlook“ ihr Erscheinen einstellte, weil nunmehr das Ziel der israelisch-palästinensischen Verständigung erreicht sei, habe ich wohl einiges Unverständnis erkennen lassen. Zur selben Zeit hatte ich die Gelegenheit, die beiden unermüdlichen Friedensaktivisten Dafna und Reuven Kaminer kennenzulernen und den zur PLO gehörigen Rechtsanwalt Ziad AbuZayyad in seinem Ost-Jerusalemer Büro zu besuchen, der gemeinsam mit den beiden linkszionistischen Publizisten Victor Cygielman und Hillel Schenker Verbindungen aufzunehmen, die in der Nachfolge von „New Outlook“ die Zeitschrift „Palestine-Israel Journal“ gründeten.

In den späten 1920er und frühen 1930er Jahren konnten friedenspolitische Bemühungen, für die vor allem die Namen Hugo Bergmann, Martin Buber, Hans Kohn, Georg Landauer, Judah L. Magnes, Arthur Ruppin – in seinem Haus wurde im Dezember 1924 „Brit Shalom“ („Friedensbund“) gegründet, der in den frühen 1940er Jahren als „Ichud“ („Vereinigung“) erneut um einen föderativen Ausgleich mit der arabischen Bevölkerung bemüht war –, Akiva Ernst Simon und Robert Weltsch stehen, keine Breitenwirkung entfalten,

---

<sup>6</sup> Simons Erinnerung zur Frage „Wie ich Zionist wurde“, findet sich in seinem Sammelband „Entscheidung zum Judentum“. Frankfurt am Main 1979/1980, S. 26 ff. Der Aufsatz ist auch heute noch höchst lesenswert.

<sup>7</sup> Simcha Flapan: Die Geburt Israels. Mythos und Wirklichkeit. München 1988.

sondern blieben Gegenstand intellektueller Debatten. Gershom Scholem schrieb damals:

*„The Land of Israel belongs to two peoples, and these peoples need to find a way to live together and to work for a common future.“*

Meine Hoffnungen bestanden darin, dass ihr Wirken spät, aber nicht zu spät politische Früchte tragen werde.

#### V. Mein „Baader-Meinhof-Programm“

Im November 1976 kam es zum offenen Bruch in der DIG. Drei Anlässe führten dazu:

Auf Bitten des Berliner Landesjugendrings hatte ich gemeinsam mit dem jungen evangelischen Theologen Ulrich Kusche eine Reisegruppe mit hauptamtlichen Mitarbeitern der politischen Jugendbildung nach Israel geführt. Zu den Gesprächsterminen gehörte eine Begegnung mit dem stellvertretenden Bürgermeister von Nazareth, einem Araber. Als danach in Jerusalem das vereinbarte Gespräch mit dem Abteilungsleiter Europa im Auswärtigen Amt Zeev Shek anstand, wurden wir vor dem Tor mit dem Hinweis abgewiesen, die Begegnung in Nazareth hätte mit ihm abgesprochen werden müssen. Schon wenige Tage zuvor war es in Tel Aviv zu einem rhetorischen Schlagabtausch gekommen, den der Leiter der Hirsch-Bibliothek – der Vorläuferin des Goethe-Instituts – Gerhard Schoenberger (nachmaliger Gründungsdirektor der Gedenkstätte Wannsee-Villa) in einem Vermerk festhielt:

*„Aus der Erfahrung, dass die bisherigen Informationsreisen von den israelischen Partnern in reine PR-Programme umfunktioniert wurden, die auf deutscher Seite häufig Frustration und wachsendes Konfliktpotential produzierten, versucht man hier einen neuen Weg. Das Konzept besteht darin, den politischen Grundsatz der Ausgewogenheit auch auf das Reiseprogramm anzuwenden und sich über die Probleme des Landes allseitig und umfassend, d.h. bei allen [Auszeichnung im Original]*

*betroffenen politischen, religiösen und ethnischen Gruppierungen aus erster Hand zu informieren. Auf diese Weise erhebt man auch den Begriff ‚politische Bildung‘, unter dem diese Reisen [aus deutschen Bundes- und Landesmitteln] finanziert werden, auf das Niveau, das ihm eigentlich zukommt.“*

Auf israelischer Seite, so Schoenberner weiter, habe dieses Konzept den Vorwurf ausgelöst, es handele sich um ein „Baader-Meinhof-Programm“.

Zurück in Bonn ging es an die Vorbereitungen zur Jahreshauptversammlung der DIG am 13. Mai 1977. Auf Beschluss des Präsidiums war ich gehalten, Akiva Ernst Simon für einen Vortrag zum Thema „Erziehung und Politik“ zu gewinnen. Als Meroz davon nachrichtlich in Kenntnis gesetzt wurde, verlangte er den Widerruf der Einladung und stellte die DIG vor die Alternative, entweder mich zu entlassen oder künftig auf seine Beziehungen zum Verein zu verzichten. Hinzu kam das Doppelspiel eines Präsidiumsmitglieds, das einen vertraulichen Brief des deutschen Botschafters in Tel Aviv für Westphal an die Presse durchstach und damit für eine beträchtliche Verstimmung zwischen beiden Außenämtern sorgte.

Inge Deutschkron ließ es sich nicht nehmen, als Korrespondentin der Zeitung „Maariv“ („Abend“) zu behaupten, ich wolle die DIG auf PLO-Kurs trimmen. Dagegen fuhr der Bonner Korrespondent von „Haaretz“ („Das Land“) am 02. Februar 1977 schweres verbales Geschütz gegen Meroz auf, was ihm von dort eine heftige Schelte eintrug:

*„Infolge des Verhaltens des israelischen Botschafters ... wurde Israel in eine innerdeutsche politische Auseinandersetzung, und zwar in peinlichster Form, hineingezogen, und der (nicht unbedingt ehrlich gemeinte) Versuch, Israel Freundschaftsbezeugungen zu erweisen, wurde von Funktionären der mittleren politischen Rangordnung zu persönlichen Intrigen ausgenutzt. Jerusalem hat sich mit der wiederholten Aufforderung, die DIG solle ihre Aktivität auf kulturelle und humanitäre Themen beschränken, lächerlich gemacht. Es gehört schon allerhand Naivität dazu zu erwarten, dass Leute, die sich als Israel-Freunde bezeichnen und an*

*der Spitze einer proisraelischen Lobby in Bonn stehen, plötzlich ihr Interesse am israelisch-arabischen Konflikt aufgeben sollen.“*

Doch die Würfel waren gefallen: Zwei Tage nach dem Sieg Menachem Beginns am 15. Mai 1977 fand ich die Entlassung wie üblich „im gegenseitigen Einvernehmen“ vor. Einige Präsidiumsmitglieder drückten mir ihr Bedauern aus. Aus München versuchte mich Hans Lamm, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde, aufzumuntern. Kurz zuvor hatte Meroz bei der Diskussion über meine Arbeit im Präsidium zum allgemeinen Erstaunen betont, dass er diesmal mit seinem „Rassegenossen“ Lamm nicht übereinstimme. Der Theologe Heinz Krämer (Duisburg-Essen) drückte mir während einer Tagung in der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr sein Bedauern aus. Am selben Ort dankte mir die Jerusalemer Historikerin Rachel Freudenthal-Livne nach meinem, dass ich nicht, wie mittlerweile üblich, auf Israel „draufgehauen“ habe. Walter Sylten verwahrte sich bei dem neuen DIG-Präsidenten Erik Blumenfeld gegen dessen „*Stil einer Präsidialdemokratie*“. Auf Kopfbogen schrieb der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Ernst Benda aus Karlsruhe:

*„Ihre Bemühungen haben viele positive Ergebnisse gehabt, und bei allen Meinungsverschiedenheiten, die es gelegentlich gegeben hat, hat jedenfalls bei mir kein Zweifel über Ihre enge innere Verbundenheit mit den Zielen der Gesellschaft bestanden.“*

Zu spät. Simon, der – eng mit Martin Buber verbunden – aus tiefer Überzeugung 1928 aus Berlin nach Palästina ausgewandert war, sorgte sich um meine berufliche Zukunft. Ich schrieb am 18. August 1978 zurück:

*„Ihre fürsorgliche Teilnahme an meinem politischen ‚Schicksal‘ macht mich verlegen, denn ich bin mir doch sehr bewusst, dass Persönlichkeiten wie Sie, die einst Ihre Lebensentscheidung für Israel getroffen haben, heute ganz andere Stürme bestehen müssen, wenn es darum geht, sich gegen die Neuinterpretation der Ahavat Israel [der Liebe zu Israel] durch die aktuelle Politik zu stemmen. Ihr Bemühen ist es also, dass Leute wie ich – zumal wenn sie Nichtjuden sind – [den Kampf] aufnehmen, um auf ihre Weise dazu beizutragen, dass das Bild Israels in ihrer Öffentlichkeit von*

*jenen Verzerrungen befreit wird, für die die Politik die Verantwortung trägt. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass dies nicht immer leicht ist, weder im Verhältnis zu meinen lieben deutschen Mitbürgern – denen angesichts der israelischen Politik nur allzu schnell der alte Risches – [Antisemitismus] hochkommt –, noch angesichts der Kampagnen von bestimmter offizieller israelischer Seite.“*

Ein in Israel stationierter deutscher Korrespondent ließ mich nach einem Gespräch mit Bonner Abgeordneten wissen, dass zumindest der Eindruck vermieden werden solle, *„Israel und insbesondere Herrn Meroz Ihren Kopf auf dem Silbertablett anzubieten“*. Die *„Opferung Bernsteins“*, hieß es in einer zweiten Mitteilung, könnte die *„latente israelische Arroganz und das Bestreben, der DIG ihr Verhalten diktieren zu wollen, nur noch ins Unermessliche steigern“*. Ein politisch engagierter Mensch wie ich solle sich lohnenderen Aufgaben zuwenden, fügte der Korrespondent hinzu. Er selbst müsse sich gegen die Behauptung eines *„argen Antizionisten“* zur Wehr setzen, gegen deren Urheber er rechtliche Schritte erwäge.

Die Formel Ernst Bendas von der *„kritischen Solidarität“* wich dem Bekenntnis zu einer *„Freundschaftsgesellschaft“*, ohne dass sich ihre Sympathisanten der Mühe unterzogen, die Umwidmung einer Klärung zu unterziehen. Ohne diese Mühe ging die Gesellschaft in die Rolle einer Erfüllungsgehilfin der israelischen Politik gleich welcher Couleur über – eine Entscheidung, vor der Westphal zuvor im israelischen Rundfunk gewarnt hatte: Die DIG sei autonom und zur Kooperation mit der israelischen Botschaft bereit, aber ihr gegenüber nicht weisungsgebunden.

In seinem Buch *„In schwieriger Mission“*<sup>8</sup> hat Meroz auf sechs Seiten seine Sicht der Affäre dargelegt.

Simon behielt Recht. Die Suche nach einer neuen Arbeitsstelle in Bonn erwies sich als aussichtslos. Wo auch immer ich mich vorstellte, wurde mir unverblümt – und nicht nur einmal mit einem bedauernden Unterton – mitgeteilt, dass die Beziehungen zur israelischen Botschaft nicht beschädigt werden dürften. Wohl auf Vermittlung Westphals übernahm ich schließlich ein zeitlich begrenztes

---

<sup>8</sup> Yohanan Meroz: In schwieriger Mission. Als Botschafter Israels in Bonn. Berlin 1986.

Modellprojekt zur Abstimmung von Bildungschancen für ältere Menschen. Zwischen 1982 und 2003 fand ich dann neue Aufgaben als Leiter eines Koordinationsbüros und später als pädagogischer Mitarbeiter in der evangelischen Erwachsenenbildung mit Sitz in Düsseldorf und Köln.

#### VI. Der „Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten“

Nachdem wir von Blumenfeld unmissverständlich aufgefordert worden waren, die DIG zu verlassen, gründeten wir im Herbst 1977 den „Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten“ (DIAK) – „wir“, das waren Rolf Rendtorff, der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing, der schon genannte Ulrich Kusche, die Geschäftsführerin des Berliner Landesjugendrings Irma Haase und ich. Schnell hinzu stieß Christian Sterzing, zunächst in Brüssel, dann in den 1990er Jahren für Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag und schließlich Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah. Der etwas umständliche Name des neuen Vereins wurde gewählt, um uns den Vorwurf zu ersparen, wir wollten die Verbindungen nach Israel abbrechen.

In den nächsten vier Jahren entstanden in der Schriftenreihe des DIAK unter meiner Federführung sieben Bände – von einer Geschichte des Zionismus über die israelische Friedensszene, die arabische sowie die sefardische Bevölkerung Israels bis zum Verhältnis zwischen Israel und den besetzten Gebieten. 1995 folgten ein gemeinsam mit Jörn Böhme (damals Frankfurt am Main, später Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Tel Aviv und heute Nahost-Referent in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Berlin) herausgegebener Erinnerungsband zu Ehren von Eliezer Feiler („Ein nationalbewusster Jude muss Linker sein<sup>9</sup>“) und von mir 1988 eine „Geschichte des Staates Israel von der Gründung 1948 bis heute<sup>10</sup>“.

Nachdem Menachem Begin nach seinem Amtsantritt die Parole ausgegeben hatte, überall in der Westbank Siedlungen zu errichten, war ich nicht der

---

<sup>9</sup> Schwalbach/Ts.

<sup>10</sup> Schwalbach/Ts.



einzigste, der im November 1977 in Tel Aviv von Flapan zur internationalen Tagung von „New Outlook“, an der auch Nachum Goldman teilnahm, eingeladen war: Die Friedensszene wollte dagegenhalten. Tatsächlich schöpften viele in der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft nach der Rede des ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat vor der Knesset neues Vertrauen. Es schien sich zu bestätigen, als Anfang März 1978 der „Brief der Offiziere“ mit 348 Unterschriften den Unmut zum Ausdruck brachte, gegen die Palästinenser kämpfen zu müssen, während die Regierung jedem Fortschritt aus dem Wege zu gehen suche. Das Schreiben bildete die Gründungsurkunde der Bewegung „Frieden Jetzt“.

Doch die Enttäuschung folgte auf dem Fuß. Im September 1978 unterschrieben Begin und Sadat in Camp David zwar „A Framework for the Conclusion of a Peace Treaty Between Israel and Egypt“ und dann „A Framework for Peace in the Middle East“. In einem Begleitschreiben bekräftigte Begin gegenüber Präsident Jimmy Carter, dass er höchstens einen Autonomiestatus für die Palästinenser ins Auge zu fassen bereit sei. Die Ablehnung der PLO erfolgte prompt und richtete sich auch gegen Sadat, der beim Rahmenvertrag für den Frieden im Nahen Osten die Palästinenser nicht hinzugezogen hatte.

Vielen von uns war klar, dass Ägypten nach der Rückgabe der Sinai-Halbinsel (jüdisch-theologisches „Niemandland“) territorial saturiert sein würde, doch das „heilige Land“ unter israelischer Kontrolle bleiben sollte. Im November gründeten acht junge orthodoxe Juden gegenüber der „Klagemauer“ ein Talmud-Thora-Seminar („Yeshiva“) mit Namen „Ateret Cohanim“ („Krone der Hohenpriester“), um die Altstadt von Moslems und Christen „zu erlösen“. Das zu einem gewaltigen gewordene Bauwerk überragt heute das Gelände am Fuße der „Klagemauer“. Mitte März 2014 reklamierte „Ateret Cohanim“ Besitzansprüche auf das Gelände des palästinensischen Postamtes an der Kreuzung Salah-Eddin- / Sultan-Suleiman-Straße. Nebenan liegt die israelische Polizeistation.

## VII. Begegnung mit Yeshajahu Leibowitz

Bei einer Veranstaltung 1981 in Frankfurt am Main beklagte sich der ultraorthodoxe Neurologe Yeshajahu Leibowitz (1903 – 1994) über David Ben-Gurion, dass dieser die Gründung des Staates Israel religiös untermauert habe<sup>11</sup>. Leibowitz stellte den Ministerpräsidenten zu unserer aller Erstaunen als Antisemiten hin: Er habe die Gründung des Staates aus Menschenhand über die ewigen Gebote Gottes gestellt – womit Leibowitz einem jüdischen Staat das Wort redete, der nur deshalb habe gegründet werden müssen, um die jahrhundertelange Beherrschung durch die Völker zu beenden. Wenn das neue Gemeinwesen bei der Ordnung der sozialen Beziehungen aber versage und so dem jüdischen Volk nicht diene, sei es überflüssig. Die Gebetsformel des Oberrabbinats für den Unabhängigkeitstag *„Unser Vater im Himmel, Felsen Israels und sein Retter, segne den Staat Israel, den Anbruch unserer Erlösung“* – nach den Worten des Tel Aviver Soziologen Shlomo Sand *„die Nationalisierung Gottes“*<sup>12</sup> – war Leibowitz fremd. Wer erinnert sich an die Debatten seit dem Synodalbeschluss der Evangelischen Kirche im Rheinland von 1980, in dem *„Gründung und Fortbestand des Staates Israel als Zeichen der Treue Gottes“* festgestellt wurden<sup>13</sup>?

Wenn deutsche Kritiker der israelischen Politik Leibowitz als ihren Kronzeugen und Gewährsmann aufrufen, verkennen sie von Grund auf sein theologisches Denken. In seinen Äußerungen wird man seinen Blick auf die Besatzung nur insofern feststellen, als er damit eine unerträgliche Häresie markierte – ähnlich dem Kult um die Klagemauer, dem er einen pseudoreligiösen Paganismus

<sup>11</sup> Die Unabhängigkeitserklärung lädt hier zur Möglichkeit zweier Interpretationen ein, worauf ich den Judaisten Peter Schäfer (Berlin/Princeton) nach einer Veranstaltung in der Münchner Siemens-Stiftung aufmerksam zu machen suchte.

<sup>12</sup> Shlomo Sand: Die Erfindung des Landes Israel. Mythos und Wahrheit. Berlin 2012.

<sup>13</sup> Dazu die beiden nachfolgenden Papiere Evangelische Kirche im Rheinland: Diskussionsimpuls zur Lage in Israel/Palästina“ (Düsseldorf 2011) und „Gelobtes Land? Land und Staat Israel in der Diskussion. Eine Orientierungshilfe“, hrsg. im Auftrag der EKD... (Gütersloh 2012). Ausführliche Rezensionen beider Papiere finden sich unter [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-189-EKiR\\_Sept-11.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-189-EKiR_Sept-11.pdf) und [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-190-EKD\\_Okt-12.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-190-EKD_Okt-12.pdf).

vorhielt. Dass im Oktober 2012 Shimon Peres und Benjamin Netanjahu bedeutungsvoll an der Bahre des verstorbenen früheren Oberrabbiners Ovadia Yosef standen, wäre von Leibowitz mit großer Gewissheit als Beleg gewertet worden, dass sich die Politik entweder als „Esel des Messias“ missbrauchen lasse – gemäß der israelischen Volksweisheit über jene theologische Gestalt, deren Erscheinen nur deshalb ausbleibe, weil alle Esel in der Politik Karriere machen würden – oder vom Willen Gottes gelenkt werde. Leibowitz' Grablegung 1994 in Jerusalem folgten mehr als hunderttausend Menschen<sup>14</sup>. Meine Frau und ich trafen an diesem Tage in Jericho den Leiter des deutschen Verbindungsbüros Martin Kobler.

### VIII. Der Libanon-Krieg 1982 und der „Historikerstreit“ als politische Scheidemünzen

Im Zuge des Libanon-Krieges 1982 kam es in der Bundesrepublik erstmals offen zu heftigen Demonstrationen gegen die israelische Politik. Ich entsinne mich, dass linkszionistische Juden aus Frankfurt am Main – durchgängig Kinder von Holocaust-Überlebenden – vor der israelischen Botschaft in Bad Godesberg protestierten. Kurz danach erfuhren ihre Überzeugungen einen kräftigen Dämpfer, als sich nichtjüdische Demonstranten mit der Parole gegen einen „*palästinensischen Holocaust*“ zu Wort meldeten. Die politische Solidarität nahm tiefen Schaden, von dem sie sich nach meinen Beobachtungen nicht wieder erholt hat, zumal sich solche Kennworte im Diskurs mancher Kreise seither fest eingenistet haben. Gleichwohl bekundeten palästinensische Gesprächspartner mir gegenüber ihr absolutes Unverständnis für den Abschied der deutsch-jüdischen Kriegsgegner. Persönlich halte ich mich von Menschen fern, die bei kritischen Vorträgen über Israel begeistert in die Hände klatschen und in zustimmendes Gelächter ausbrechen. Die Mechanismen solcher Reaktionen sind aus der politischen Psychologie wohlbekannt.

Innenpolitisch drohte eine andere, dramatisch zu nennende Verschiebung: Es ging um die „*deutsche Identität*“. Die Bewertung der Rede von Bundespräsident

<sup>14</sup> Einen Einblick in das Denken von Leibowitz bieten seine Diskussionen mit Michael Shashar „Gespräche über Gott und die Welt“ (Frankfurt am Main 1990).

Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Naziregime – kaum anders hatte sich anderthalb Jahrzehnte zuvor sein Amtsvorgänger Gustav Heinemann geäußert, wobei die breite öffentliche Resonanz ausblieb –, die Besetzung des Frankfurter Schauspielhauses unter Führung von Ignaz Bubis gegen Rainer Werner Fassbinders Theaterstück „Die Stadt, der Müll und der Tod“ sowie der „*Historikerstreit*“ um Ernst Nolte beherrschten die öffentlichen Debatten. Gemeinsam mit meinem Freund Konrad Klesse (Köln) machte ich mich an eine Arbeit für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, in der wir Noltens Argumentationslinien der zeitgeschichtlichen Prüfung und weltanschaulichen Herleitung unterzogen.

Beim Besuch von Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg hielt unsere aus Köln angereiste Gruppe eine kleine Tafel mit der Aufschrift „*Why do you visit Bitburg, Mr. President?*“ still in die Höhe. Von um uns stehenden Bitburgern wurden wir zum Teil übel beschimpft.

#### IX. Nahöstliche Kriegsdramatik und persönliche Erlebnisse

Im Nahen Osten überschlugen sich die Ereignisse: Im Oktober 1981 wurde bei der Militärparade in Kairo zum Jahrestag des Krieges von 1973 Anwar Sadat von einem Islamisten ermordet.

Im Februar / März 1982 ordnete Syriens Staatschef Hafez Assad nach einem Attentatsversuch ein Massaker an den Moslembroedern an, dem in Hama mindestens 20.000 Menschen zum Opfer fielen; die Nachwirkungen sind nicht überwunden, wie der blutige Bürgerkrieg seit März 2011 belegt. Die Beziehungen des Staatschefs zu Yasser Arafat blieben seit dem Osloer Alleingang des „Rais“ 1993 gestört, so dass er und sein Sohn nicht nur irredentistische Gruppen in der PLO, sondern auch das Politbüro der „Bewegung des Islamischen Widerstands“ („*Hamas*“) mit Khaled Mashal in Damaskus beherbergte. Dass Bashar Assads Truppen seit Ende 2013 wochenlang das palästinensische Flüchtlingslager Yarmouk im Osten der Hauptstadt erbarmungslos belagert haben, ist ebenfalls kein Zufall.

Im Juni 1982 drang das israelische Militär nach dem kontinuierlichen „Katjuscha“-Beschuss und dem Anschlag auf den israelischen Botschafter in London mit der Operation „Frieden für Galiläa“ in den Libanon vor. Anfang August begann der erzwungene Abzug der PLO-Einheiten aus Beirut. Am 23. des Monats wurde der libanesischer Staatspräsident Pierre Gemayel ermordet. Mitte September riegelte das israelische Militär die palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Shatila im Süden Beiruts ab. Beim anschließenden Sturm der Phalangisten starben zwischen 700 und 3.500 Menschen; die Angaben variieren erheblich voneinander. Der Bericht der israelischen Untersuchungskommission unter Leitung von Richter Yitzhak Kahan(e) stellte fest, dass von Verteidigungsminister Ariel Sharon abwärts jeder militärische Entscheidungsträger von den Phalangisten gefordert habe, die „Aufgabe“ in den Lagern zu erledigen. Sharon solle nie wieder ins Verteidigungsministerium einziehen, verlangte die Kommission.

Anfang Januar 1986 wurde das Friedensabkommen zwischen Libanon und Syrien veröffentlicht: *„Der wichtigste Ausdruck der arabischen Natur des Libanon liegt in seiner Sonderbeziehung und der Endgültigkeit der vaterländischen Verbindungen zu Syrien“*, hieß es darin. In der Außenpolitik verlangte der Vertrag von der Regierung in Beirut *„die völlige und permanente Gleichschaltung in allen arabischen, regionalen und internationalen Fragen“*. Auf amerikanischen und saudi-arabischen Druck wurde 1989 in Ta'if der „National Reconciliation Accord“ unterschrieben. Er zwang die Konfliktparteien zu einem Kompromiss, zu dem eine beschränkte Neuordnung der libanesischen Verfassung gehören sollte. Mehr als zwei Jahrzehnte später tauschten Damaskus und Beirut erstmals Botschafter aus.

Während unserer Studienreise 2009 im Libanon waren die Spannungen mit Händen zu greifen. Bei der ausführlichen Besichtigung der neuen Wohnblocks im Süden Beiruts, die nach den Zerstörungen des israelischen Militärs im Krieg von 2006 mit großem Aufwand wieder aufgebaut worden, wurden uns unverhohlen mitgeteilt, dass die Finanzierung aus dem Iran stamme.

Am 19. Februar 1986 gab Jordaniens König Hussein den Zusammenbruch der politischen Koordination mit der PLO bekannt. Die Absprache mit Arafat vom

Februar 1985 zur Bildung von „Konföderierten Arabischen Staaten Jordanien und Palästina“ hatte sich damit erledigt. Am 31. Juli 1988 verzichtete Hussein auf die Souveränität über die Westbank und übergab das Territorium der PLO, der freilich die internationale Legitimität fehlte, um die daraus erwachsenden Aufgaben und Verpflichtungen auszufüllen<sup>15</sup>. Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal entschied sich der König gegen die nationalen Ansprüche der Palästinenser. Meine pessimistische Einschätzung des Vorgangs wurde damals von palästinensischen Freunden heftig kritisiert, weil sie behaupteten, ich sei auf israelische Rechtspositionen eingeschwenkt.

Nach der Gründung von „Hamas“ Mitte Dezember 1986 lehnte sie im August 1988 in ihrer Charta alle Verhandlungen mit Israel strikt ab. Im Gefolge eines Verkehrsunfalls im Gazastreifen brach im Dezember 1987 die erste „Intifada“ aus, die das PLO-Hauptquartier in Tunis überraschte und ihr klarmachte, dass sie die Kontrolle über die politische Führung in den besetzten Gebieten allmählich verliere; nach dem Beginn der zweiten „Intifada“ verstärkte sich das Phänomen. Mitte November 1988 proklamierte das palästinensische Exilparlament (PNC) in Algier den Staat Palästina. Am 14. Dezember erkannte Arafat in Genf Israel an, akzeptierte die UN-Resolution 242 vom November 1967 und distanzierte sich vom Terror.

Nachdem Ende des acht Jahre langen iranisch-irakischen Krieges im Juli 1987 setzte am 16. Januar 1991 der zweite Golfkrieg um Kuwait ein. In vielen deutschen Städten hingen weiße Fahnen als Zeichen des Protestes aus den Wohnungsfenstern. Als sich unsere Kinder weigerten, an einer schulischen Demonstration gegen die amerikanisch geführte Invasion gegen Saddam Hussein teilzunehmen, ernteten sie verwunderte Blicke. Damals verstand meine Frau, dass sie sich als gebürtige Israelin nicht aus hiesigen Kontroversenum Nahost heraushalten könne, und schloss sich der „Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München an“.

---

<sup>15</sup> Ausführlich dazu Marwan Muasher: The Arab Center. The Promise of Moderation. New Haven & London 2008. Der Autor war u.a. erster Botschafter Jordaniens in Israel, diente dann als Botschafter in Washington und kehrte schließlich als stellv. Ministerpräsident für die Politik der inneren Reformen nach Amman zurück. Zwischen 2007 und 2010 fungierte er als Vizepräsident der Weltbank für auswärtige Beziehungen. Eine ausführliche Rezension seines Buches findet sich unter [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-68-Muasher.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-68-Muasher.pdf).

Am 30. Oktober 1991 begann auf Einladung der USA und der Sowjetunion die dreitägige internationale Friedenskonferenz in Madrid. Nach langem diplomatischen Hin und Her waren palästinensische Vertreter, unter ihnen Haydr Abd El-Shafi und Hanan Ashrawi, als Teil der jordanischen Delegation dabei, die von Marwan Muasher geführt wurde. Den Aufträgen an die eingerichteten Arbeitsgruppen blieb der Erfolg versagt.

Am 23. Juni 1992 siegte in Israel die Arbeitspartei mit dem als „*strategischen Falken*“ bezeichneten Yitzhak Rabin über Yitzhak Shamirs „Likud“. Damals lebten 265.000 Israelis in der Westbank und in Ost-Jerusalem, heute sind es rund 550.000. An der palästinensischen Führung in Ramallah und Ost-Jerusalem vorbei begannen unter Leitung des stellvertretenden Außenministers Yossi Beilin, dem „*wahren Architekt hinter der israelischen Anerkennung der PLO*“<sup>16</sup> und des palästinensischen Diplomaten Achmed Qureia („*Abu Ala*“) Geheimgespräche in Oslo und in anderen Städten Europas. Da die PLO trotz der Anerkennung als einzige legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes seit der Gipfelkonferenz 1974 in Rabat immer Spielball nationaler arabischer Interessen geblieben und obwohl ihre politischen Ansprüche nach der Parteinahme Arafats für Saddam Hussein zusätzlich geschwächt waren, entschloss sich der „Raís“ zu einem Alleingang.

Kurz vor Abschluss der Verhandlungen begann Israel am 26. Juli mit der Operation „Rechnungslegung“ („*Din weCheshbon*“) im Süden Libanons, die bei Arafat auf kein gesondertes Interesse stieß. Ebenso gleichgültig war es ihm schon im Dezember 1992 gewesen, als Rabin nach dem Mord an acht israelischen Offizieren und der Ermordung eines Sergeanten 415 „*Hamas*“-Aktivisten in den Süden Libanons abschieben ließ.

Als Ende August 1993 Außenminister Shimon Peres die bevorstehende Vereinbarung mit der PLO bekanntgab, reagierte die israelische und die palästinensische Öffentlichkeit zuerst verblüfft und zum zweiten Mal, als am 13. September die Prinzipienklärung („*Oslo I*“) in Washington unterzeichnet

---

<sup>16</sup> Avi Shlaim: The Oslo Accords, in „*Journal of Palestine Studies*“ # 91, XXIII(Spring 1994)3, S. 24 ff.

wurde. Der diplomatische Korrespondent der „Jerusalem Post“ und des „U.S. News and World Report“ David Makovsky sprach von einem „*Unforeseen Peace Process*“<sup>17</sup>.

Da im fernen Tunis allein die Aufwertung der PLO gefeiert wurde, fiel es der israelischen Politik leicht, die Dachorganisation in problematische Regelungen einzubinden. Arafat wischte viele Bedenken seiner Berater beiseite, agierte an der Führungsgarde in den besetzten Gebieten vorbei und belegte einmal mehr seinen verhandlungstechnischen Dilettantismus und seine völkerrechtliche Inkompetenz, schrieb ich damals. Ein Memorandum vom Dezember 1993 von Abd El-Shafi, Yasser Abed Rabbo und anderen Politikern aus den besetzten Gebieten mit der Forderung nach demokratischen Reformen unterzeichnet wurde, blieb chancenlos<sup>18</sup>. Das „*Amerika-Büro*“ beschäftigte sich vorrangig mit der Lektüre der amerikanischen Presse. Das für die palästinensische Wirtschaft desaströse „*Pariser Protokoll*“ vom April 1994 trug ebenfalls Arafats Unterschrift. Als am 04. Mai in Kairo die „*Gaza-Jericho-Vereinbarung*“ unterzeichnet wurde, soll Mubarak dem „*Raís*“ zugeflüstert haben: „*Unterschreib jetzt, du Hund.*“

Eine weitere Schwächung erlebte Arafat, als Jordanien im Friedensvertrag mit Israel im Herbst 1994 auf Sonderrechten für die islamischen Heiligen Stätten in Jerusalem bestand. Auch wenn das Haschemitische Königreich nach wie vor für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht eintritt, achtet es peinlich auf seine Belange. Der in London lehrende Historiker Avi Shlaim hat dazu ausgeführt, dass sich Husseins Nahostpolitik immer zwischen Israel, den Palästinensern, dem arabischen Nationalismus und den Großmächten bewegt habe<sup>19</sup>. So erging im Februar 2014 von Außenminister Nasser Judeh, assistiert von Ministerpräsident Abdullah Ensour, die Warnung, dass Jordanien zu Jerusalem und in der Flüchtlingsfrage keinen israelisch-palästinensische

---

<sup>17</sup> David Makovsky: *Making Peace with the PLO. The Rabin Government's Road to the Oslo Accord*. Boulder (Colorado) and Oxford (England) 1996.

<sup>18</sup> Palestinian figures, memorandum to Yasir Arafat, December 1993, in „*Journal of Palestine Studies*“ # 91, XXIII(Spring 1994)3, S. 154 f.

<sup>19</sup> Avi Shlaim: *Lion of Jordan. The Life of King Hussein in War and Peace*. London 2007.



Vertrag zu Lasten seiner nationalen Interessen mittragen werde – ein Alarmzeichen für die Flüchtlinge von 1948 und 1967 sowie ihrer Nachkommen, die mit über 60 Prozent das Staatsvolk Jordaniens ausmachen.

Wir waren kaum von unseren Gesprächen im Libanon in München zurück, als am 13. Juni 2009 Irans Staatspräsident Machmud Achmadinedjad bei seiner Wiederwahl die „*grüne Revolution*“ unter Führung von Ali Hosseini Khamenei brutal niederschlagen ließ. Aus dem Krieg gegen Israel 2006 war die verbündete „Hisbollah“ innen- und außenpolitisch militärisch gestärkt hervorgegangen. Nun erfuhr sie eine weitere Stabilisierung.

Beim neunten Treffen des „EU-Israel Association Council“ stellte die Europäische Union am 15. Juni 2009 fest, dass die Aufwertung der Beziehungen zu Israel auf der Grundlage gemeinsamer Werte, insbesondere der Demokratie und des Respekts vor den Menschenrechten, grundlegender Freiheiten und guter Regierungsführung sowie auf der Zwei-Staaten-Lösung gründen müsse.

In Tunesien setzten nach dem Tod eines Gemüsehändlers Mitte Dezember 2010 am 11. Januar 2011 Massenproteste gegen den Präsidenten Zine El-Abedine Ben-Ali ein. Am 14. Januar floh Ben-Ali nach Saudi-Arabien. Im libyschen Bengazi begannen am 17. Januar die Proteste gegen Revolutionsführer Muammar Gaddafi, wenige Tage später begannen die Demonstrationen in Kairo und anderen ägyptischen Städten, die Hosni Mubarak am 10. Februar zum Rückzug zwangen. Bei unseren Gesprächen im Oktober des Vorjahres war die Klage von Oppositionellen unüberhörbar gewesen, dass die Europäer über den israelisch-palästinensischen Konflikt die politische Reformunfähigkeit des Mubarak-Regimes sträflich vernachlässigt und ihr Sicherheitscredo allein in strategisch-militärischen Kategorien definiert hätten.

Seit Mitte März gingen in Syrien von den Städten Dera'a, Banya und Homs erste friedlichen Proteste gegen Staatschef Bashar Assad aus, die umgehend massiv unterdrückt wurden. Inzwischen liegt die Zahl der Toten bei 140.000. Millionen Menschen sind im eigenen Land auf der Flucht oder wurden ins

Ausland getrieben<sup>20</sup>. Syrien, der Libanon und der Irak drohen unter der Last der Bürgerkriege und fremder Interventionen zu zerfallen.

Auch für Jordanien sind die Gefahren nicht gebannt, nachdem die riesigen Flüchtlingswellen aus dem Irak und aus Kuwait nach dem Golfkrieg 1991 sowie jetzt aus Syrien die verschleppten grundlegenden Reformen verschärft haben. Wahrscheinlich werden viele zehntausend Flüchtlinge im Land um einen ständigen Aufenthalt bemüht sein, wenn ihnen die Rückkehr in ihre Heimat versperrt bleibt, womit die fragile Balance zwischen den Bevölkerungsgruppen in Jordanien weiter belastet würde, von den wirtschaftlichen und anderen Folgen ganz zu schweigen. Letztere waren schon Gegenstand von Gesprächen im „Center for Strategic Studies“ an der Universität Amman, das meine Frau und ich erstmals 2008 besuchten. Immer deutlicher wird, dass die europäischen Mächte nach dem Ersten Weltkrieg der Region ein Staatensystem verordneten, das den Nahen Osten in einen explosiven Unruheherd verwandelte<sup>21</sup>.

#### X. „Oslos“ Schwächen

Von der Prinzipienklärung, die fälschlicherweise immer wieder als Friedensvertrag bezeichnet wird, erwartete ich keinen entscheidenden Durchbruch, so sehr ich mich darüber freute, dass erstmals Israelis und Palästinenser eine kohärente Agenda ausfindig zu machen schienen. Dem entsprechenden Kapitel in meinem Buch „Der verborgene Frieden“<sup>22</sup> – „verborgen“ im Sinne der schwer durchschaubaren religiösen Prädispositionen, die diesen Konflikt belasten – habe ich die Überschrift „Die vereitelte Ebenbürtigkeit“ gegeben.

<sup>20</sup> Vgl. die Sammelrezension zu Syrien [http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-195-Neudeck.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-195-Neudeck.pdf). Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks vom 14.03.2014 beläuft sich die Zahl der Toten in Syrien auf über 146.000.

<sup>21</sup> Dazu empfehle ich das Buch von David Fromkin: A Peace to End All Peace. The Fall of the Ottoman Empire and the Creation of the Modern Middle East. New York 1989/2009.

<sup>22</sup> Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Berlin 2000.

„Oslo“ ließ die Qualität völkerrechtlich verbindlicher Verträge vermissen: Israel war als Staat anerkannt, nicht jedoch das palästinensische Volk als nationales Rechtssubjekt, sondern lediglich die PLO, *„die das palästinensische Volk repräsentiert“*. Dementsprechend ging es um Vereinbarungen (*„Agreements“*, *„Accords“*), nicht jedoch um Verträge (*„Treaties“*), die im UN-Generalsekretariat hinterlegt werden. Folgerichtig gab es in der Prinzipienklärung (*„Oslo I“*) für Shlomo Gazit, den ersten Koordinator in den besetzten Gebieten und 1994 Forschungsleiter im *„Jaffee Center for Strategic Studies“* an der Universität Tel Aviv, keinen Textbeleg, der *„Israel daran hindern kann, die Forderung nach vollständiger Annexion aller Territorien nach der fünfjährigen Interimsphase [im Mai 1999] zu erheben“*.

Dass in Veranstaltungen, an denen ich beteiligt war, selbst Vertreter der palästinensischen Generalvertretung in Bonn die Auffassung vertraten, *„Oslo“* habe als Ziel die Zwei-Staaten-Lösung verankert, zeugte davon, dass sie die Ambivalenz des Textes nicht verstanden. Meine Frau und ich waren höchst erstaunt, als sich wenige Tage nach dem 13. September in der Kölner Feuerwache die israelischen und palästinensischen Diplomaten stürmisch umarmten. Auch letztere dürften allen Grund zum Jubel gehabt haben, denn sie waren nicht von der Führung in den besetzten Gebieten, sondern von Arafat im fernen Tunis ausgesucht worden, der nach seiner Ankunft in Gaza-City im Juni 1994 alles daransetzte, die lokalen politischen Führungskräfte zu verdrängen, zumal diese für *„die fetten Katzen“* im Exil nur Verachtung übrig hatten.

Auch die israelische Regierung verband mit *„Oslo“* keine stringenten Konzepte. Ron Pundak, der an den Geheimverhandlungen beteiligt war, erinnerte sich irritiert, dass sich Rabin nie dafür interessiert habe, die strategische und historische Bedeutung des Dokuments der eigenen Öffentlichkeit zu erklären. Nur eines stand für den Premier fest: Nach dem Abschluss der Interimsvereinbarung (*„Oslo II“*) unterstrich er vor der Knesset, dass es keine Rückkehr zu den Waffenstillstandslinien vor 1967 geben und dass der Westbank und dem Gazastreifen lediglich eine begrenzte Autonomie zugestanden werde. Die Siedlungen würden bestehen bleiben, und die Teilung Jerusalems sei ausgeschlossen, zitierte Pundak den Ministerpräsidenten. Peres

seinerseits sei immer in Richtung „*seines Neuen Nahen Ostens galoppiert*“<sup>23</sup>, so dass sich das Verhandlungsteam alleingelassen gefühlt habe. Wenig später behauptete der Außenminister in einem Interview, dass es den Staat Palästina bereits gäbe...

Nach der Ermordung Rabins Anfang November 1995, die die Welt erschütterte, während der Historiker Tom Segev keinen Gesinnungswandel in Israel erkannte, blieb Peres als Ministerpräsident eine Übergangerscheinung, zumal da er sich im April 1996 auf die Operation „Früchte des Zorns“ („Grapes of Wrath“) einließ, was ihm entscheidende arabische Stimmen kostete. Auslöser des Feldzugs war der Abschuss von mehr als tausend „Katjuscha“-Raketen auf den Norden Israels.

Bei den Wahlen im Mai 1996 siegte Netanjahu. Obwohl der neue Premier die Einhaltung der Osloer Vereinbarungen bekräftigte, ging die Siedlungspolitik unvermindert weiter. Im September bezeichnete Präsident Bill Clinton die jüdischen Niederlassungen „absolut“ als Hindernisse für den Frieden. Die Beziehungen zwischen beiden Regierungen waren dem Tiefpunkt nahe. Netanjahu galt in Washington als „*persona non grata*“. Die abschätzigen Bemerkungen über den Premier aus dem Jahr 2012, die Barack Obama, François Hollande und Angela Merkel zugeschrieben worden sind, haben mithin Vorläufer.

Am 25. März 1999 verabschiedete die Europäische Union die „Berliner Erklärung“, mit der sie das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung, „*einschließlich der Option eines Staates*“, bekräftigte und die frühzeitige Erfüllung dieses Rechts erwartete („...*and looks forward to the early fulfillment of this right*“). Mit anderen Worten: Mit europäischem Eigenengagement sei nicht zu rechnen. Das Ende der von „Oslo“ festgelegten fünfjährigen Interimsphase verstrich Anfang Mai 1999 fast unbeachtet. Nur der ansonsten helllichtige Politologe Zeev Sternhell glaubte noch Mitte November 1999 daran, dass der Frieden greifbar sei („*on the brink of peace*“), weil mittlerweile jeder in Israel verstehe, dass die Siedlungen eine Sicherheitsbürde, ein politisches

---

<sup>23</sup> Schimon Peres: Die Versöhnung. Der neue Nahe Osten. München 1996.

Hindernis und die Quelle moralischer Schwäche seien<sup>24</sup>. Unbedacht oder bewusst wurde eine Dokumentation der Nahostdebatten im Bundestag, die ich Ende 2011 nach den Debatten um die Mitgliedschaft Palästinas in den Vereinten Nationen für eine politische Stiftung zusammenstellte und kommentierte, als „*pädagogisches Material*“ zu den Akten genommen<sup>25</sup>. Wie andere Materialien hätte auch sie als Anstoß dienen können, die Relevanz der parlamentarischen Rhetorik in Berlin an der politischen Realität im Nahen Osten zu messen.

Am 17. Mai 1999 verlor Netanjahu die Wahl gegen Ehud Baraks „Ein Israel“-Partei. Jeder Wähler hatte zwei Stimmen: Der zehnte Ministerpräsident gewann die Persönlichkeitswahl mit 56 Prozent, während seine Partei nur 26 der 120 Mandate errang.

Wenige Monate, nachdem die internationale Geberkonferenz in Washington am 01. Oktober 1993 den Palästinensern 2,1 Milliarden US-Dollar zugesagt hatte, hatten meine Frau und ich die Gelegenheit, mit dem Leiter des deutschen Vertretungsbüros in Ramallah über den Einfluss der Finanzausgaben auf den Fortgang des Osloer Prozesses zu sprechen. Dabei ließen wir unsere Skepsis durchblicken, die auf ein gehöriges Maß an Unverständnis stieß.

1995 folgte der Barcelona-Prozess mit den drei Körben „Political and Security Partnership: Establishing a Common Area of Peace and Stability“; „Economic and Financial Partnership: Creating an Area of Shared Prosperity“ und „Partnership in Social, Cultural and Human Affairs. Developing Human Resources, Promoting Understanding between Cultures and Exchanges between Civil Societies“. Entscheidende Impulse für eine palästinensische Staatsgründung blieben aus – welche die europäische Außenpolitik mit der Etablierung der Mittelmeerunion wiederbeleben wollte, aber keine Spuren hinterließ.

---

<sup>24</sup> Zeev Sternhell: Is this how to make peace?, in „Haaretz“ 12.11.1999.

<sup>25</sup> „Der palästinensische Antrag auf Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen“: [http://www.reiner-bernstein.de/pdf/veroeffentlichung/B-PLO-Antrag\\_20.12.11.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/pdf/veroeffentlichung/B-PLO-Antrag_20.12.11.pdf).

Seit der Weltbank-Konferenz sind in die palästinensische Gebiete nicht weniger als 24,6 Milliarden US-Dollar geflossen, ohne dass sie der Transformation zum Frieden den Weg bereitet hätten. Geht es nach dem Willen Washingtons, sollen jetzt gemäß seiner „Palestine Economic Initiative“ (PEI) in den kommenden drei Jahren weitere Milliardenbeträge, und zwar ein erheblicher Teil über Privatinvestitionen

– für die Westbank, Ost-Jerusalem und den Gazastreifen aufgebracht werden:

– für die Sektoren Öffentliche und Soziale Dienste (3,863 Milliarden US-Dollar),

– für das Bau- und Wohnungswesen (2,31 Milliarden US-Dollar),

– für die Landwirtschaft (735 Millionen US-Dollar),

– für die Informationstechnologie (637 Millionen US-Dollar),

– für die Leichtindustrie (453 Millionen US-Dollar),

– für den Tourismus (271 Millionen US-Dollar),

– für Energie und Wasser (157 Millionen US-Dollar),

aufgebracht werden und dies, obwohl die Knesset am 27. November 2013 das „Jerusalem-Gesetz“ dahingehend ergänzte, die Übergabe der Kontrolle „an irgendeine fremde Macht“ auszuschließen. Anfang März 2014 hat die Stadtverwaltung ein „Pilotprojekt“ gestartet, um den „Lärmpegel“ der nächtlichen Muezzin-Rufe zu erfassen.

Insgesamt hat der zum 01. Februar 2014 aus dem Amt geschiedene EU-Botschafter für den Nahen Osten Andreas Reinicke, dem ich im Rahmen einer Delegation aus dem Bundestag im Januar 2011 in Damaskus begegnet bin, die Frage gestellt, wie lange die internationale Politik das Finanzierungsverfahren durchhalten wolle, ohne dass es den Verhandlungsprozess befördere.

Ohnehin ist bekannt, dass die Zuschüsse nach Ramallah zu wesentlichen Teilen dem personell aufgeblähten öffentlichen Dienst zugutekommen – eine Entwicklung, die palästinensische Gesprächspartner uns gegenüber verschiedentlich mit Nachdruck kritisiert haben, weil sie die Abhängigkeit vom Ausland weiter zementiere, (partei-)politische Loyalitäten zugunsten der Autonomiebehörde schaffe und die interne Korruption fördere. Unter der Leitung des Soziologen und Politologen Khalil Shikaki hat jüngst ein Team von 115 Experten einen Bericht erstellt, der vielfältige Empfehlungen und Vorschläge vorgelegt hat, um den Zusammenbruch der Autonomiebehörde zu verhindern<sup>26</sup>.

#### XI. Baraks „syrische Karte“ und das Desaster in Camp David mit Folgen

Am 13. Januar 2000 veröffentlichte „Haaretz“ einen detaillierten amerikanischen Rahmenplan für einen israelisch-syrischen Friedensvertrag<sup>27</sup>, woraufhin die Regierung in Damaskus die Geheimgespräche abbrach. Das Genfer Treffen zwischen Bill Clinton und Hafez Assad am 26. März endete nach sieben Minuten mit einem Eklat: Clinton fühlte sich als Bote Baraks missbraucht: *„Ich habe mich wie ein Indianer aus dem Unterholz gefühlt, der Ihre Gebote [bei einer Auktion] abgibt“*<sup>28</sup>, hat ihn sein Chefberater Dennis Ross zitiert. Am 10. Juni starb Assad, womit sich Baraks „syrische Karte“ erledigt hatte, die er als Druckmittel gegen die Palästinenser auszuspielen gedachte, so wie Rabin vor ihm<sup>29</sup>. Ende Mai verließ der letzte israelische Soldat den Süden Libanons, die „Hisbollah“ feierte einen Sieg.

<sup>26</sup> Khalil Shikaki: The Likelihood, Consequences and Policy Implications of PA Collapse or Dissolution. The „Day After“ Final Report. Ramallah, 4 February 2014: [www.pcpsr.org/strategic/papers/2013/nextday.html](http://www.pcpsr.org/strategic/papers/2013/nextday.html).

<sup>27</sup> Der Rahmenvertrag ist im „Journal of Palestine Studies“ # 115, XXIX(Spring 2000)3, S. 157 ff., dokumentiert.

<sup>28</sup> Dennis Ross: The Mission Peace. The Inside Story of the Fight for Middle East Peace. New York 2004. Eine ausführliche Rezensionen findet sich unter [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-138-Ross-Missing.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-138-Ross-Missing.pdf).

<sup>29</sup> Dazu Rabins Verhandlungsführer Itamar Rabinovich: The Brink of Peace. The Israeli-Syrian Negotiations. Princeton, N.J., 1999.

Trotz interner Warnungen über die mangelhaften Vorbereitungen lud Clinton zum 04. Juli Barak und Arafat nach Camp David ein; es sei besser, bei einem Versuch zu scheitern, als überhaupt keinen Versuch zu wagen. Symbolisch war die Szene, als der Israeli und der Palästinenser dem jeweils anderen am Eingang der Blockhütte den Vortritt lassen wollte: Misstrauisch versuchte jeder, sich den Rücken freizuhalten. Beide trafen sich lediglich einmal etwas länger: bei einem Essen, das Madeleine Albright ausrichtete. Nur Ross soll auf seinem privaten Computer Notizen gespeichert haben, während sich die anderen Mitglieder des amerikanischen Teams auf ihr Gedächtnis verließen.

In Israel wurden nach Recherchen des Kommunikationswissenschaftlers Gadi Wolfsfeld vor dem Treffen von den beiden auflagenstärksten Tageszeitungen „Yediot Achronot“ („Letzte Nachrichten“) und „Maariv“ („Abend“) offiziöse Gerüchte gestreut, wonach Israel die besten aller möglichen Kompromisse unterbreiten werde, während die palästinensische Delegation Entscheidungen zu vertagen suche.

Das Gipfeltreffen scheiterte vornehmlich aus drei Gründen:

- Barak hatte die Mehrheit im Parlament verloren. Arafat bot, wie Martin Indyk (damals amerikanischer Botschafter in Tel Aviv und heute an der Spitze des US-Teams zur Begleitung der israelisch-palästinensischen Verhandlungen stehend) festhielt<sup>30</sup> sowie Agha Hussein und Robert Malley in der „New York Review of Books“ früh ausgeführt hatten, erhebliche Konzessionen in der Jerusalemer Altstadt an, die Barak zwar mit der Offerte einer palästinensischen Souveränität über zwei dortige Viertel aufnahm, doch zum Ärger Clintons zurückzog.
- Die Siedlungsaktivitäten erreichten während Baraks Amtszeit einen neuen Rekordstand. Beim Flüchtlingsproblem gab es keine Bewegung.

---

<sup>30</sup> Martin Indyk: Innocent Abroad. An Intimate Account of American Peace Diplomacy in the Middle East. New York et al. 2009. Dazu die ausführliche Rezension unter [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-70-Indyk.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-70-Indyk.pdf).



- Clinton kam nicht über die Rolle des Moderators hinaus, auch weil er schon wegen seines hohen persönlichen Einsatzes den Eindruck eines „*Camp Clinton*“ vermeiden wollte. Zudem soll er mit Barak gemeinsam Arafat daran gehindert haben, dass dieser sich in den beiden wichtigen Fragen zu Jerusalem und zu den Flüchtlingen der Rückdeckung Ägyptens und Saudi-Arabiens versichere, um das kritisierte Verhalten im Vorfeld von „*Oslo I*“ zu korrigieren.
- Als Barak von den Amerikanern ein Verteidigungsbündnis nach dem Vorbild der NATO verlangte, schreckte das Weiße Haus vor dieser Verbindlichkeit zurück, die der Zustimmung des Senats bedurft hätte. Außerdem verlangte der Ministerpräsident im Falle eines Erfolgs in Camp David finanzielle Hilfen in Höhe von 35 Milliarden US-Dollar: 15 Milliarden für den Haushalt des Verteidigungsministeriums, für Grenzbefestigungen und die Rückführung von Siedlern, 10 Milliarden für die Entschädigung palästinensischer Flüchtlinge sowie 10 Milliarden für den Bau von Wasserentsalzungsanlagen für Israel, die Palästinenser und Jordanien.

Lea Rabin blieb die Rüge vorbehalten, dass sich ihr Mann in Kenntnis des Barak'schen Entgegenkommens im Grabe umgedreht hätte. Dagegen variierte William B. Quandt, Berater Jimmy Carters in den 1970er Jahren, eine alte ironische Bemerkung:

*„Fragen Sie das amerikanische Team, und die ehrliche Antwort wird sein, dass es Zielvorstellungen und wechselnde Eindrücke gab und dass die Arbeit vorankam. Fragen Sie Barak, und er wird Ihnen bereitwillig erklären, dass es kein israelisches Angebot gab und dass es außerdem von Arafat abgelehnt wurde. Fragen Sie Arafat, und Sie werden die Antwort hören, dass es kein Angebot gab und dass es außerdem inakzeptabel war.“*

Der zweimalige US-Botschafter in Tel Aviv Daniel C. Kurtzer und Scott B. Lasansky vom „United States Institute for Peace“ haben nach dem Studium administrativer Abläufe verlangt, dass Washington aufgrund der ungleichen Kräfteverhältnisse als „*robuste dritte Partei*“ auftreten müsse. Außerdem beklagten die Autoren die diplomatische Flickschusterei aus mangelnder

Vertrautheit mit der politischen Materie, die Missachtung regionaler Entwicklungen sowie das Versäumnis, die Parteien auf die Einhaltung gegebener Zusagen zu verpflichten („*monitoring implementation*“). Das ständige Bemühen, palästinensische Institutionen aufzubauen, sei mit der Ingangsetzung des politischen Prozesses verwechselt worden. Viele Emissäre – wie später George J. Mitchell erfahren musste – hätten sich nicht auf die Unterstützung der Administration verlassen können<sup>31</sup>. Aharon David Miller, der mehreren Präsidenten diene und im Januar 2003 das „State Department“ mit schweren Zweifeln verließ, beklagte sich, dass die Administrationen in der Ära Clinton und Bush „*nicht zäh genug gegenüber den Israelis*“ gewesen sei. In den fast 25 Jahren seiner Tätigkeit „*haben wir nie eine ernsthaftes Gespräch auf strategisch hohem Level gehabt, an dem genügend israelische Ministervertreter dabei waren*“. Gegenüber den Palästinensern „*waren wir viel zu nachgiebig*“, was Terror, Gewalt und Hetze anging<sup>32</sup>.

Während in Israel und in der westlichen Welt Baraks Formel „*Wir haben keinen Partner*“ die Runde machte<sup>33</sup>, war Arafats Rückkehr nach Ramallah von triumphalistischen Gesten begleitet. Am 13. September erklärte er die Unabhängigkeit Palästinas – und wurde von Moskau zurückgepfiffen. 15 Tage später besuchte Oppositionsführer Ariel Sharon den Tempelberg („*Nobles Heiligtum*“), nachdem Arafats Sicherheitschef Jibril Radjoub in Abstimmung mit Baraks Sicherheits- und Außenminister Shlomo Ben-Ami zum Ergebnis gekommen war, dass der Auftritt kein großes Risiko darstellen werde.

Am 28. September brach die zweite „Intifada“ aus. Schon in den ersten zwei Monaten starben 243 Palästinenser, darunter acht israelische Staatsbürger, und 36 jüdische Israelis. Aufgrund seiner intimen Kenntnisse hat Khalil Shikaki

<sup>31</sup> Daniel C. Kurtzer and Scott B. Lasansky: *Negotiating Arab-Israeli Peace*. American Leadership in the Middle East. Washington, D.C., 2008. Dazu die ausführliche Rezension unter [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-52-Kurtzer-Lasansky.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-52-Kurtzer-Lasansky.pdf).

<sup>32</sup> Aharon David Miller: *The Much Too Promised Land*. America's Elusive Search for Arab-Israeli Peace. New York 2008. Dazu die ausführliche Rezension unter [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-57-Miller.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-57-Miller.pdf).

<sup>33</sup> Auf der Grundlage von Gesprächen mit Baraks engen Mitarbeitern kam ein Journalist zu ernüchternden Feststellungen über die Politik des Ministerpräsidenten: Ravid Druker: *Hara-kiri*. Tel Aviv 2002 (Hebr.).

(Ramallah) ausgeführt, dass der Aufstand auch ein Protest junger „Fatah“-Mitglieder unter Führung von Marwan Barghouti und seiner „Tanzim“ („Organisation“) gegen die leeren Versprechungen Arafats gewesen sei und dass damit dessen Autoritätsverlust seit den späten 1980er Jahren eine Fortsetzung gefunden habe<sup>34</sup>. Auf einem langen Spaziergang hat mir Shikaki von einem für ihn höchst bedrohlichen Gespräch mit Arafat erzählt, als er ihm die Ergebnisse seiner Überlegungen vortrug.

Am 23. Dezember legte Clinton im „Cabinet Room“ des Weißen Hauses Arafat seine „Parameter“ zur Wiederaufnahme der in Camp David abgebrochenen Verhandlungen vor; sie waren mit Hosni Mubarak, König Abdullah II. und dem saudi-arabischen Kronprinzen Sultan Bin Abdul Aziz abgestimmt. Nach Clintons Vorstellungen

- sollte sich Israel aus 94 bis 96 Prozent der Westbank zurückziehen, wobei achtzig Prozent der Siedler in den annektierten Teilen der Westbank bleiben würden. Dafür würden die Palästinenser (wahrscheinlich unbewohnte) israelische Landstriche in einer Größenordnung von einem bis drei Prozent erhalten und
- sollte die Souveränität über Jerusalem horizontal aufgeteilt werden: Was jüdisch sei, würde jüdisch bleiben, was palästinensisch sei, bleibe palästinensisch.
- Außerdem bot Clinton für die Flüchtlinge mehrere Regelungsoptionen an.

Am 28. Dezember stimmte das israelische Kabinett unter der Bedingung zu, dass die „Parameter“ von palästinensischer Seite akzeptiert würden. Am selben Tag übermittelte der „Raís“ dem Präsidenten die Forderung, dass die Zustimmung von der Gewährleistung der palästinensischen Souveränität über das Noble Heiligtum abhängen. Anfang Januar 2001 wurden die Gespräche ergebnislos beendet.

---

<sup>34</sup> Khalil Shikaki: Palestinians Divided, in „Foreign Affairs“ January/February 2002.

Seit dem 21. Januar saßen im ägyptischen Taba die Teams ohne Barak und Arafat beisammen, von israelischer Seite Yossi Beilin und Yossi Sarid, von palästinensischer Seite Nabil Shaath und Yasser Abed Rabbo. Letztere legten erstmals eine Karte vor, auf der im Zuge eines Gebietsaustauschs die Einbeziehung von zentralen Siedlungen in das israelische Territorium im Umfang von drei Prozent ohne definitive Grenzverläufe ausgewiesen war. Shaath und Beilin erarbeiteten eine Formel zum Recht auf Rückkehr für 250.000 Flüchtlinge. Schriftliche Protokolle wurden nicht angefertigt. Am 28. Januar ordnete Barak den Abbruch der Gespräche an, nachdem zwei Israelis in einem Restaurant in der Westbank ermordet worden waren.

Am 06. Februar wurde Ariel Sharon mit 62,4 Prozent der abgegebenen Stimmen zum neuen Premier gewählt. Nur 23 Prozent der israelischen Araber, gingen zur Wahl; die Beteiligung der drusischen Bevölkerung lag indessen hoch. Nicht nur auf Jerusalems Straßen fielen meiner Frau und mir Plakatständer mit dem Konterfei Sharons und dem Ruf „*Lasst die Waffen siegen!*“ auf.

## XII. Die „Road Map“

Fast drei Jahre vergingen. Am 28. März 2002 verabschiedete die Arabische Gipfelkonferenz in Beirut gegen den Willen Arafats – ihm war von Israel die Ausreise verweigert worden, während insbesondere die Saudis keinen Wert auf seine Anwesenheit legten –, die „Arabische Friedensinitiative“. Am selben Abend, dem „Seder Pessach“, riss ein palästinensischer Selbstmordattentäter im Parkhotel von Netanya 28 Menschen mit sich in den Tod. Am 29. März begann die israelische „Operation Schutzschild“ („Defensive Shield“) mit der Besetzung Ramallahs und der Belagerung von Arafats Amtssitz, der „Muqata“. Zwei Tage später riss ein Selbstmordattentäter in einem Haifaer Restaurant erneut 15 Israelis mit sich in den Tod. Joschka Fischer legte am 09. April ein „Ideenpapier für Frieden im Nahen Osten“ vor, um die Dynamik des toten Punktes zu überwinden. Die israelische Regierung beschloss am 15. April den Bau der Trennungsmauer („Gader Hafradah“), der der Internationale

Gerichtshof in Den Haag im April 2004 die Verletzung des internationalen Rechts bescheinigte.

Die dreistufige „Road Map“ des Nahost-Quartetts von Ende April 2003 sollte den Konflikt bis Ende 2005 endgültig beilegen: Washington am Steuer und die übrigen Beteiligten, die Europäische Union, Russland und das UN-Generalsekretariat, auf dem Beifahrersitz, bemerkte Joschka Fischer süffisant. Die Problematik der Vorlage deutete sich bereits in der Präambel an, bei der Ursache und Wirkung verwechselt wurden:

*„Eine Zwei-Staaten-Lösung zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts kann nur erreicht werden, wenn Gewalt und Terrorismus ein Ende haben, wenn das palästinensische Volk eine Führung hat, die entschieden gegen den Terrorismus vorgeht und willens und fähig ist, eine funktionierende, auf Toleranz und Freiheit gegründete Demokratie aufzubauen, und wenn Israel bereit ist, das Notwendige zu tun, um die Errichtung eines demokratischen palästinensischen Staates zu ermöglichen...“*

Die israelische Regierung schloss sich zwar der Argumentation des Quartetts an, ging aber in ihren 14 Vorbehalten („Reservations“) vom 26. Mai mit keinem Wort auf eigene Verpflichtungen zugunsten eines Staates Palästina ein. Vielmehr unterstrich sie die Verantwortlichkeiten, denen die Autonomiebehörde nachkommen müsse, bevor sie sich in den Ziffern 12 und 13 zu den „Umständen“ äußerte, die einer Umgruppierung („Redeployment“) – also keines Rückzugs – der eigenen Streitkräfte vorausgehen müssten.

Tony Blair – in der Nachfolge von James Wolfensohn vom US-Präsidenten wegen der uneingeschränkten Unterstützung des Krieges gegen Saddam Hussein ohne Absprache mit den übrigen Partnern nominiert – fiel als neuer Repräsentant des Quartetts nicht nur durch persönlich angelegte Beratungs- und Verkaufsgeschäfte auch in den palästinensischen Gebieten auf, die ihm 2012 ein Jahreseinkommen bei 20 Millionen £ eingetragen haben sollen. Palästinensische Politiker bezeichneten Blairs Auftreten als „nutzlos“, während er sich in Israel eines hohen Ansehens erfreute. Interessant auch für die

mangelnde Koordination internationaler Projekten, dass er für die palästinensischen Gebiete einen eigenen Entwicklungsplan vorlegte<sup>35</sup>, der sich von John Kerrys oben erwähnter PEI unterscheidet.

### XIII. Die „Genfer Initiative“

Das nach Camp David und Taba entstandene diplomatische Vakuum versuchten die Akteure der „Genfer Initiative“ auszufüllen. Zur Mitarbeit im israelischen „Steering Committee“ unter Beilins Leitung und in Begleitung von Oberst i.R. Shaul Arieli, einem ausgewiesenen Kenner der politischen Geographie vor Ort, und dem Rechtsberater Daniel Levy wurden

– die Schauspielerinnen Gila Almagor und Hannah Meron, die Bürgerrechtlerin Shulamit Aloni, der Publizist Gershon Baskin, die Wissenschaftler Naomi Chazan, Galia Golan, Moshe Halbertal, Yair Hirschfeld, Menachem Klein, Avishai Margalit, Moshe Ma'oz, Yariv Oppenheimer, Ron Pundak, Zeev Sternhell und Samy Smooha, die Politiker Colette Avital, Yael Dayan, Zahava Gal'on, Yossi Sarid und Yael („Yuli“) Tamir sowie die Autoren Savyon Liebrecht, Judith Katzir, Etgar Keret und Sami Michael

gewonnen. Mit vielen von ihnen habe ich in regelmäßiger Verbindung gestanden. David Grossman schrieb das Vorwort für die hebräischsprachige Broschüre, die an alle Haushalte verteilt wurde. Dennoch blieb das Dokument der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, hat Menachem Klein bei einem Symposium resümiert, zu dem wir ihn nach München einluden<sup>36</sup>.

---

<sup>35</sup> Office of the Quartet Representative, Tony Blair: Economic Initiative for Palestine. November 28, 2013.

<sup>36</sup> Ausführlich hat Klein in seinem Buch „Die Genfer Initiative – ein Blick von innen“ (Hebr., Jerusalem 2006) dazu Stellung genommen. Später gehörte der Politologe der „Bar-Ilan University“ zum externen Beraterkreis Ehud Baraks in Camp David. Eine ausführliche Rezension seines Buches findet sich unter [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-35-Klein-Genf.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-35-Klein-Genf.pdf).

Die palästinensische Seite musste sich mit Zeitungsanzeigen und Plakaten begnügen und verzichtete auf einen größeren Beraterkreis. Dahinter zu vermuten ist der Einfluss Arafats.

Mit Hilfe der logistischen und finanziellen Unterstützung der Schweizer Außenministerin Michelle Calmy-Rey wurde das Dokument am 01. Dezember 2003 in Genf vor 1.100 Gästen aus Politik und Diplomatie vorgestellt. Aus Israel waren angereist Shulamit Aloni, Avraham Burg, Yael Dayan, David Grossman, die Industriellen Aharon Dovrat und Dov Lautman sowie die Tochter von Shimon Peres Zvia Walden; unter den Palästinensern waren Yasser Abed Rabbo und Saeb Erakat dabei. Zu den internationalen Sympathisanten dieser Blaupause gehörten

– Martti Ahtisaari, Carl Bildt, Jimmy Carter, Boutros Boutros-Ghali, Jacques Delors, Jiri Dienstbier, Hans-Dietrich Genscher, Michail Gorbatschow, Wim Kok, Mary Robinson, Michel Rocard, Franz Vranitzky, Lech Walesa und Simone Weill. Von Abed Rabbo und Beilin persönlich unterrichtet wurden Jacques Chirac, Tony Blair, Gerhard Schröder (die Begegnung fand mehr oder weniger am Rande eines anderen Termins des Bundeskanzlers statt) und Colin Powell. Bei seinen Gesprächen mit der Europäischen Kommission konnte Abed Rabbo auf die stille Unterstützung Jordaniens, Ägyptens, Marokkos und Qatars verweisen.

Arafat war über die Gespräche informiert und zeigte Wohlwollen ohne eigenes Engagement. Um dem Vorwurf des Landesverrats zu entgehen, war auch Sharon auf dem Laufenden gehalten worden. Meine Frau und ich organisierten für den 02. Dezember eine halbseitige Anzeige *„Ein Zeichen der Hoffnung für Palästinenser und Israelis“* in der „Süddeutschen Zeitung“, in der zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen und politischen Lebens sowie thematisch interessierte Einzelpersonen die Bundesregierung aufforderten, sich für die politische Umsetzung die „Genfer Initiative“ zu verwenden. Das deutsche Medienecho auf ihre Präsentation in Genf war erheblich.

Am 14. Januar 2004 wurden Beilin und Abed Rabbo im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages mit großem Beifall empfangen. Die Fraktionen vereinbarten

die Vorbereitung einer gemeinsamen Resolution, in der die Bundesregierung und die Europäische Union gebeten werden sollten, entlang der Genfer Vorschläge tätig zu werden. Am 13. Februar verabschiedete der Bundestag eine Erklärung, in der er die Hoffnung äußerte, dass die „*Genfer Friedensinitiative einen Beitrag zur Wiederbelebung des Roadmap-Prozesses leistet*“. In einer zweiten EntschlieÙung Anfang Mai, in deren Mittelpunkt der Krieg im Irak stand, würdigte der Bundestag noch einmal die „*Genfer Initiative als wichtigsten detaillierten Beitrag zur Umsetzung der Roadmap*“. Auf Betreiben Joschka Fischers und auf Druck der israelischen Botschaft, hieß es in Berlin, seien die operativen Teile aus den Erklärungen entfernt worden. Von Debatten im Europäischen Parlament ist nichts bekannt.

Nach Hinweisen meines Freundes Jochi Weil (Zürich) hatte ich dem Generalsekretär des israelischen Teams Gadi Baltiansky meine Bereitschaft erklärt, in der Bundesrepublik für dieses Projekt zu werben. Eine schriftlich fixierte Beauftragung lag nicht in meinem Interesse, weil ich mir die Unabhängigkeit des politischen Urteils bewahren wollte. Gleichwohl bin ich bisweilen in Berlin als „*informeller Botschafter*“ begrüßt worden. Genugtuung empfand ich darüber nicht. Denn meine Bemühungen im Parlament und unter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, zur Förderung der „*Genfer Initiative*“ in ein Kuratorium einzutreten, scheiterten gründlich. Nach meinem Eindruck fehlte den Angesprochenen das Zutrauen in die Regelungsfähigkeit des Nahostkonflikts, bei dem man sich nur die Hände schmutzig mache. Die Aufnahme der „*Genfer Initiative*“ in Programmpapiere bei Bündnis 90/Den Grünen und bei der LINKEN zogen keine parlamentarischen Weiterungen nach sich.

Im Tel Aviver Büro habe ich frühzeitig darauf hingewiesen, dass „*Genf*“ die Einbeziehung der „*vergessenen Palästinenser*“, jener mit israelischer Staatsbürgerschaft, bedauerlicherweise ausgeklammert habe. Den Anstoß für meine Intervention gab Netanjahus politisches Bekenntnisbuch<sup>37</sup>, in dem er vor allem die arabischen Staatsbürger und nicht die Bevölkerung der besetzten Gebiete als Israels größte Gefahr bezeichnet hatte – eine Bewertung, die

<sup>37</sup> Benjamin Netanyahu: A Place Among the Nations. Israel and the World. New York 1993.



Avigdor Lieberman mehrfach unterstrichen hat. In einer Meinungsumfrage des „Institute for National Security Studies“ an der Universität Tel Aviv von 2009 unterstützten 69 Prozent der jüdischen Israelis den Transfer der arabischen Staatsbürger im Falle eines Friedensvertrages<sup>38</sup>. Es ist noch nicht lange her, dass das „State Department“ im Menschenrechtsbericht für 2010 das System der „institutionalisierten, rechtlichen und gesellschaftlichen Diskriminierung“ der arabischen Staatsbürger kritisierte<sup>39</sup>.

Anfang 2013 verwehrte sich Shimon Gapso, Bürgermeister der Ende der 1950er Jahre gegründeten explizit jüdischen Gemeinde Ober-Nazareth, gegen die Einrichtung einer Schule für die 1.900 Kinder inzwischen zugezogener arabischer Familien<sup>40</sup>. Die am 12. März 2014 beschlossene Anhebung der Sperrklausel von 2 auf 3,25 Prozent dürfte die Präsenz der arabischen Parteien „United Arab List-Ta‘al“, der „Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit-Hadash“ und der „Nationaldemokratischen Liste-Balad“ sowie der jüdisch-zionistischen Partei „Kadima“ (Vorwärts) bei Neuwahlen gefährden.

Wenn selbst Yossi Beilin – so wie die renommierte Historikerin Anita Shapira einige Jahre später<sup>41</sup> – im Sinne des klassischen zionistischen Narrativs die palästinensische Bevölkerung als „*Araber des Landes Israel*“ bezeichnete, dann zweifelte er wohl unbeabsichtigt an einer Zweistaatenregelung. Wie weit ist seine Definition von der offiziellen Forderung nach Anerkennung Israels als jüdischen Staat entfernt? Dem politischen Ausgleich mit den Palästinensern jenseits der Grünen Linie fehlt ohne die Gleichberechtigung der arabischen Staatsbürger Israels die politische Glaubwürdigkeit.

---

<sup>38</sup> Hirsh Goodman: *Anatomy of Israel's Survival*. New York 2011. Der langjährige Publizist arbeitet eben an jenem konservativen „Institute for National Security Studies“ an der Universität Tel Aviv.

<sup>39</sup> U.S. State Department: 2010 Human Rights Report: Israel and the occupied territories. April 8, 2011.

<sup>40</sup> Jack Khoury: Upper Nazareth Mayor: No Arab School Here as Long as I Am in Charge, in „Haaretz“ 17.01.2013

<sup>41</sup> Yossi Beilin: *Israel: 40 Jahre plus. Ein politisches Profil der israelischen Gesellschaft in den 90er Jahren*. Tel Aviv 1993 (Hebr.). Den Hinweis auf Shapira habe ich dem Buch von Shlomo Sand: *Die Erfindung des Landes Israel. Mythos und Wahrheit*. Berlin 2012, S. 21/346, entnommen.

Ungeachtet meines damaligen Monitums haben Beilin und Abed Rabbo seinerzeit Epiloge zu meinem Buch über die Vorlage beigesteuert<sup>42</sup>. Den Wortlaut des von uns ins Deutsche übersetzten Modellvertrags mit nachfolgenden Einschätzungen und Kommentaren haben wir in einer eigenen Homepage untergebracht: [www.genfer-initiative.de](http://www.genfer-initiative.de). Die prominent besetzte Konferenz „An Agreement Within a Year“ Mitte Januar 2008, zu der ich nach Herzliya reiste, kam über politische Diskussionsbeiträge und Absichtserklärungen nicht hinaus. Dazu dürfte die Einladung an Referenten erheblich beigetragen haben, Vertraute von Netanyahu wie seinen Berater Dov Weissglas hinzu zu bitten.

Auch die zahlreichen imposanten Fotos von Knesset-Abgeordneten und Führungspersonlichkeiten der politischen Rechten auf Tagungen und Seminaren im Jahresbericht 2013 der „Genfer Initiative“ können bedauerlicherweise nicht darüber hinwegtäuschen, dass die „echte Revolution“ mit einer Transformation in die Politik hinein<sup>43</sup> nicht stattgefunden hat. Denn die Regierung verbaut den Frieden ungerührt weiter.

Wie kaum anders zu erwarten, haben die israelischen „Genfer“ ihre publizistische und politische Lobbyarbeit von Anbeginn auf die eigene Gesellschaft konzentriert. Meiner Bitte, darüber die Präsenz in Europa nicht zu vergessen, folgte ein vernehmbares Desinteresse. Um Missverständnisse zu vermeiden, verband ich meine Anregung mit dem Hinweis, dass ich für eine deutsche Repräsentanz ausscheide, weil sie in Berlin ansässig sein müsse.

Für die „Genfer“ ist die tatkräftige finanzielle Unterstützung aus dem Ausland nach wie vor unverzichtbar, wie Michelle Calmy-Rey bei den Feierlichkeiten zur zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung dezent angemerkt haben soll. Das Büro der israelischen „Genfer“ in Tel Aviv lässt an Großzügigkeit kaum Wünsche offen. In einem Außenbezirk Ramallahs siedelte sich die personell

---

<sup>42</sup> Reiner Bernstein: Von Gaza nach Genf. Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern. Schwalbach/Ts. 2006.

<sup>43</sup> The Geneva Initiative Annual Report 2013, Tel Aviv.

und räumlich bescheiden ausgestattete „Palestinian Peace Coalition“ unter Leitung von Jamal Zakout an, in die die „Genfer Initiative“ eingebettet wurde.

#### XIV. Von Olmert über Sharon zu Netanjahu

Am 24. September 2003 teilten 27 Piloten – davon sechs im aktiven Dienst – Luftwaffenchef Dan Halutz mit, dass sie ihre Beteiligung an Operationen in den besetzten Gebieten künftig verweigern würden. Staatspräsident Ezer Weizman, ein Vorgänger von Halutz, ließ sich dazu hinreißen, den Unterzeichnern „Amoralität“ vorzuwerfen und sie mit einem „Krebsgeschwür“ zu vergleichen, das entfernt werden müsse, bevor weitere Wucherungen zu befürchten seien.

Am 05. Oktober erschien in „Haaretz“ eine Anzeige, in der Autorinnen und Autoren die Piloten unterstützten; David Grossman hatte am Entwurf mitgewirkt, ihn aber dann genauso wenig wie Amos Oz mitunterzeichnet. Zwei Monate später warnten ehemalige Geheimdienstchefs – die sich später als die Protagonisten in dem israelischen Dokumentarfilm „Gatekeepers“ (deutsch missverständlich „Tötet zuerst!“) zu Wort meldeten – die Regierung davor, dass, *„wenn wir fortfahren, mit dem Schwert zu leben, wir im Morast untergehen und uns selbst zerstören werden“*. Anfang November 2004 starb Arafat; seine Nachfolge trat Machmud Abbas an.

Im Sommer 2005 verließ Israel ohne Abstimmung mit der Autonomiebehörde den Gazastreifen und zog seine 8.692 Bewohner samt den 21 Siedlungen ab. Beilin, der als Vorsitzender von „Meretz“ nur unter großen Bedenken die Entscheidung Sharons mittrug, hat später behauptet, dass der Rückzug angeordnet worden sei, um weiteren Forderungen in der Westbank die Spitze abzubrechen. Mit der Räumung setzte unter den religiösen Siedlern eine Debatte ein, wie Gott sie habe erlauben können, wenn Er das Land zum unverzichtbaren Erbe Seines Volkes rechne; die entsprechende These in meinem Buch „Der verborgene Frieden“ konnte sich bestätigt sehen.

Vor den 14.000 Teilnehmern an der Jahrestagung des „American Israel Public Affairs Committee“ (AIPAC) in Washington am 03. März 2014 in Abwesenheit

der Botschafter Ron Dermer (Israel) und Dan Shapiro (USA) hat Kerry verlangt, dass Israel künftig einen Rückzug aus palästinensischen Gebieten vertraglich absichert, nachdem er die Einladung als „*eine enorme Freude*“ und als „*ein Privileg*“ bezeichnet hatte, weil AIPAC „*in den besten Traditionen der amerikanischen Demokratie*“ und denen Israels tätig sei. „*Israel bemüht sich seit Jesaja, als ein Licht den Nationen zu dienen*“, so Kerry weiter, bevor er vor einem einseitigen Rückzug wie im Jahr 2000 aus dem Libanon und vier Jahre später aus dem Gazastreifen warnte, die „*nichts gelöst*“ hätten<sup>44</sup>.

Im Frühsommer übernahm „*Hamas*“ den Gazastreifen. Auf den Süden Israels setzten schwere Raketen- und Mörserangriffe ein, die massiv beantwortet wurden. Mehrere Versuche der Vermittlung zwischen den verfeindeten palästinensischen Fraktionen unter der moderierenden Leitung Ägyptens, Saudi-Arabiens und der Golf-Emirate scheiterten. Während einer internationalen Konferenz auf Einladung der „*Al-Quds-University*“ unter Leitung von Sari Nusseibeh und Walid Salem im Herbst 2009 habe ich warnend darauf hingewiesen, dass der palästinensische Anspruch auf einen Staat in der internationalen Diplomatie unter die Räder geraten könnte, wenn die Verständigung ausbleibe. Persönlich bemerkenswert war es, dass ich von palästinensischen Autoren manche Papiere mit der Bitte um Stellungnahme erhielt, meine Bemerkungen hierzu jedoch unbeantwortet blieben. Wie auf der israelischen Seite bestätigt sich die Erfahrung, dass Empfehlungen oder gar Einwände nur sehr bedingt erwünscht sind.

Vier Jahre später habe ich im Vorfeld der Kommunalwahlen 2013 in Jerusalem die palästinensischen Gesprächspartner darauf hingewiesen, dass ein erneuter weitgehender Boykott der Abstimmungen den Chancen zuwiderläuft, Einfluss auf die politischen Geschicke in der Stadt zu nehmen; Der Jerusalemer Soziologe Meron Benvenisti, der unter Teddy Kollek zeitweilig als dessen Stellvertreter amtierte, hatte schon vor Jahren die Entscheidung der PLO beklagt, in den Wahlkampf einzugreifen<sup>45</sup>.

---

<sup>44</sup> John Kerry: Remarks at the American Israel Public Affairs Committee Conference, March 3, 2014.

<sup>45</sup> Meron Benvenisti: City of Stone. The Hidden History of Jerusalem. Berkeley, Los Angeles, London 1996.

Heute kämpft die PLO in der Westbank ums politische Überleben, während sich „Hamas“ im Gazastreifen der Rivalität radikalerer Kräfte vom Schlage der „Al-Qaida“ und von Angehörigen der jüngeren Generation gegenübersteht. Letztere bestehen auf dem Recht der eigenen Lebensgestaltung und wollen nicht länger darauf warten, auch nicht auf einen Staat Palästina. Dass diese Stimmung auf die Westbank übergegriffen hat, belegt der ARD-Dokumentarfilm „Goldrausch statt Intifada“ von 2013: hier eine kleine Schicht wohlhabender junger Leute, dort der Kampf ums tägliche Brot. Mit der Überschrift „Am Ende der Realpolitik“ bemerkte ich im Februar 2012 unter anderen:

*„Jamil Hilal ist ein solider Wissenschaftler. Der ehemalige Informationsdirektor der PLO in Tunis, der heute für den „Palestinian Human Development Report“ an der Bir-Zeit University arbeitet, hat 2011 beim ‚Babel Festival‘ in Bellinzona einen Vortrag gehalten, in dem er bisherige Mythen zur Regelung des Konflikts mit Israel zerpflückt. Hatte er 1993 Yasser Arafat scharf angegriffen, weil dieser die asymmetrisch angelegte Prinzipienklärung unterschrieb und hatte er 2007 die Zwei-Staaten-Lösung als erledigt bezeichnet, so rechnete er in der Schweiz vor, dass die Siedler in 144 Orten der Westbank ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachen. ...*

*Hilal rührte an einen wunden Punkt der palästinensischen und der internationalen Politik: Je offenkundiger alle Pläne und Verhandlungen zwischen Jerusalem und Ramallah im Sande verlaufen, desto häufiger tritt in palästinensischen Narrativen die Gesamtentwicklung des Konflikts in den Vordergrund: Hilal selbst verweist auf die ‚schwerwiegende Verzerrung von Geschichte und Geographie‘ Palästinas, die 1917 mit der ‚Balfour Declaration‘ und dem britischen Mandat begonnen, 1948 mit der Gründung Israels eine Fortsetzung gefunden und 1967 mit den Folgen der Eroberung Rest-Palästinas geendet habe.*

*Natürlich würde es leicht fallen, dem Autor an einer zentralen Stelle seiner Argumentation eine erstaunliche Fehlleistung vorzuhalten – bei der*

---

*Deutung der UN-Flüchtlingsresolution 194 vom Dezember 1948, die auch auf arabisches Betreiben den Hinweis auf ‚Israel‘ vermied, weil er explizit auf die nationale Anerkennung der ‚zionistischen Entität‘ hinausgelaufen wäre. Denn in den arabischen Hauptstädten war man davon überzeugt, beim nächsten Waffengang die Schmach der Niederlage gründlich zu rächen. Dass die Resolution im Übrigen das Recht auf Rückkehr der Palästinenser an die Bereitschaft zum Frieden mit den Nachbarn knüpfte, sei nur der Ordnung halber hinzugefügt. Viel bedeutsamer waren in Bellinzona zwei Aspekte:*

*Hilal warf der Autonomieregierung mit ihrem Appell an die Vereinten Nationen, Palästina anzuerkennen, politischen Selbstbetrug vor, denn Machmud Abbas vertraue darauf, dass Verhandlungen mit Israel letztendlich zur nationalen Souveränität in der Westbank, in Ost-Jerusalem und im Gazastreifen führen würden. ...*

*In dieselbe Kerbe scharfer Abkehr ordnete Hilal die ‚amerikanische und europäische Dominanz‘ ein – die Übernahme der bagatellisierenden israelischen Formel von den palästinensischen Gebieten als ‚disputed territories‘, als ob die Regierung Benjamin Netanjahus nicht längst für politische Eindeutigkeit gesorgt hätte. Dessen ungeachtet beharren die Repräsentanten der Europäischen Union in Jerusalem und in Ramallah auf der Zwei-Staaten-Lösung, mahnen aber eine ‚aktivere und sichtbare Durchsetzung der EU-Politik‘ dringend an. ...*

*Hilal schloss mit der vagen Hoffnung, dass die ‚vom Volk getragenen demokratischen Revolutionen in der arabischen Welt den Weg für einen neuen Nahen Osten‘ freimachen würden: mehr Achtung vor der öffentlichen Meinung, mehr wirtschaftliche Unabhängigkeit und mehr Unterstützung für die palästinensische Sache.*

Anfang Januar 2006 wurde Sharon nach einem Gehirnschlag von Ehud Olmert abgelöst. Die internationale Nahostkonferenz in Annapolis Ende November 2007 erbrachte keine Ergebnisse.

Trotz der Ankündigung seines Rücktritts wegen Korruptionsvorwürfen legte Olmert am 16. September 2008 Abbas eine Karte vor, wonach Israel auf 93,5 Prozent der Westbank zu verzichten bereit sei und für die Annexion der Siedlungsblöcke Gush Etzion (knapp 60.000 Bewohner), Maale Adumim (37.000 Einwohner) und Ariel (12.000 Einwohner) einem Austausch unbewohnten Gebiets in der Größenordnung von 5,8 Prozent zustimmen wolle; der Rest von 1,7 Prozent solle sich auf den Korridor zwischen der Westbank und dem Gazastreifen beziehen, wobei die Souveränität über das Gebiet bei Israel verbleiben müsse, um das Land geostrategisch nicht zu teilen.

Für Jerusalem schlug Olmert vor, dass die Souveränität über die jüdischen und palästinensischen Stadtviertel geteilt sowie das „Holy Basin“ (Altstadt, Zionsberg, Ölberg, Garten Gethsemane) einer internationalen Behörde unter Beteiligung Israels, Palästinas, der USA, Jordaniens und Saudi-Arabiens unterstellt werden solle. In der Flüchtlingsfrage lehnte Olmert ein Recht auf Rückkehr ab, zeigte sich aber bereit, zwischen 2.000 und 3.000 – „*so viel, wie in die Muqata* [Sitz der Autonomiebehörde in Ramallah] *hineinpassen*“ – in den kommenden fünf Jahren aufzunehmen.

Als sich Olmert weigerte, Abbas die mitgebrachte Landkarte auszuhändigen, es sei denn der Präsident zeichne sie ab, wurde das Gespräch abgebrochen. In einem Interview mit der „Washington Post“ lehnte Abbas das Angebot Olmerts als unzureichend ab. Es zeigte sich wieder einmal, dass die palästinensische Politik entgegen allen Erfahrungen davon überzeugt ist, in weiteren Verhandlungen günstigere Ergebnisse zu erzielen.

Am 17. Januar 2009 ging nach dreiwöchigen Kämpfen die israelische Operation „Gegossenes Blei“ im Gazastreifen zu Ende. Auf palästinensischer Seite starben 1.314 Menschen, in Israel kam eine Person zu Tode. In Jerusalem hatte sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier vergeblich bemüht, seine Amtskollegin Tsipi Livni zu einem einseitigen Waffenstillstand zu ermutigen. Fünf Jahre später im März 2014 war es Livni, die von den Palästinensern die politische Kapitulation verlangte, als sie die vereinbarte Entlassung von 104 Gefangenen von der Unterschrift Ramallahs unter Kerrys eingebrachte Rahmenvereinbarung abhängig machte – wobei öffentlich keine Mühe darauf

verwendete zu klären, ob denn ihr Ministerpräsident der amerikanischen Vorlage zustimmen würde<sup>46</sup>. Keineswegs unerwartet drohte der stellvertretende Verteidigungsminister Danny Danon, dass er auf die Absetzung des „Likud“-Vorsitzenden drängen werde, sollte dieser auf das Jordantal verzichten sowie der Rückkehr auf die „Grüne Linie“ und der Teilung Jerusalems zustimmen<sup>47</sup>.

Bei der Fahrt der international besetzten „Friedensflotte“ auf dem türkischen Schiff „Mavi Marmara“ („Blaues Mittelmeer“) am 31. Mai 2010 mit Versorgungsgütern für die Menschen im Gazastreifen starben in internationalen Gewässern nach der Enterung des Schiffs durch israelische Spezialeinheiten zehn Menschen, davon neun türkische Staatsbürger. In einem Kommentar mit dem Titel Parallelen und Missverständnisse – Ein Wort nach dem Erfurter Parteitag der LINKEN“ schrieb ich am 24. Oktober 2011:

*„Als während des Golfkrieges 1991 Hans-Christian Stroebeler mutmaßte, dass die irakischen Scud-Raketen auf Jerusalem, Tel Aviv und Haifa die arabische Bestrafung für die israelische Politik gegenüber den Palästinensern seien, versanken die ‚Grünen‘ in eine lange Phase der Rechtfertigung ihrer Nahost-Überzeugungen. Elf Jahre später glaubte Jürgen Möllemann, dass Ariel Sharons Unterdrückung der zweiten Intifada und deren Verteidigung durch Michel Friedman dem Antisemitismus Vorschub leisten. Seitdem sich drei Bundestagsabgeordnete der LINKEN Ende Mai 2010 an der Hilfsflotte um die ‚Mavi Marmara‘ (‚Blaues Mittelmeer‘) gegen die israelische Absperrung des Gazastreifens beteiligten, schallt der Partei der Vorwurf des Antisemitismus entgegen.*

*Die drei Adressaten der Proteste reagierten ähnlich. Noch jüngst ist Guido Westerwelle ein enges Verhältnis zu seinem Amtskollegen Avigdor Lieberman nachgesagt worden. Im November 2010 hat die Bundesdelegiertenkonferenz von ‚Bündnis 90/Die Grünen‘ wichtige Grundlinien zum israelisch-palästinensischen Konflikt beschlossen, um ein*

<sup>46</sup> Barak Ravid: Livni: Ohne eine Rahmenvereinbarung werden wir keine zusätzlichen Gefangenen freilassen, in „Haaretz“ 18.03.2014 (Hebr.).

<sup>47</sup> Gil Hoffman: Danon threatens to oust Netanyahu as Likud chief if he accepts Kerry’s framework, in „The Jerusalem Post“ 20.03.2014.



*halbes Jahr später vor einer Initiative im Bundestag zur Zweistaatenregelung zurückzuschrecken. Die Fraktion der LINKEN wollte mit einem ‚Basta‘-Ruf die innerparteilichen Kontroversen und die publizistischen Polemiken um den Hilfskonvoi beenden. Mit einem Befreiungsschlag brachte sie im Juni 2011 einen Antrag ins Parlament ein, der für die Mandatsträger anderer Parteien nicht anschlussfähig war, weil er eben von dieser Partei stammte.*

*Dass die Versuche nahostpolitischer Klärungsprozesse in der LINKEN anhalten, belegt ihr Grundsatzprogramm von Erfurt. Dabei verlief die Vergangenheitsbewältigung in zweifacher Richtung: Zum einen war die politische Mutlosigkeit als Nachwirkung einer Selbstbeschäftigung nicht zu übersehen, die mitunter absurde Züge annahm. Zum anderen leitete die Partei ihre Verantwortung für das Existenzrecht Israels aus der Belastung durch Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges ab, wobei das Verlangen nach einem Staat Palästina einer fernen Erinnerung an die politische Aktualität gleicht. Wie die LINKE die Verpflichtung gegenüber Israel einlösen will, verrät sie ebenso wenig wie Angela Merkel mit ihrem Diktum von der deutschen Staatsräson. Mit einem ‚Willy-Brandt-Korps für internationale Katastrophenhilfe‘ wird sie im Ernstfall nicht zu erfüllen sein, nachdem deutsche Kampfeinsätze selbst unter UN-Mandat ausgeschlossen sind.*

*Über der Erfurter Fokussierung blieb die hauseigene Maxime der internationalen Solidarität auf der Strecke. Die Komponenten des internationalen Rechts und des sozialen Gewissens wurden schlicht ausgeblendet,*

- die fortwährende Absperrung des Gazastreifens und die koloniale Struktur der Besatzung in der Westbank und in Ost-Jerusalem;*
- die Proteste in Tel Aviv und anderen Städten, bei denen es sehr wohl im Sinne von Klaus Ernst um die Veränderung der Verhältnisse für die Mehrheit der Menschen geht;*

– die Dialektik zwischen Sozialismus und Freiheit. Der Parteivorsitzende wurde nicht müde, Walter Benjamin zu zitieren;

– die laufenden Ausgaben für Rüstung und Sicherheit, die Israel an den Rand des Staatsbankrotts treiben, sollten in der Epoche der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise die auswärtigen Zuweisungen knapper werden.

*Eine Würdigung der Aufbauleistungen seitens der Palästinensischen Autonomieregierung war in Erfurt ebenso wenig zu haben wie ein Standpunkt zu den arabischen Umbrüchen, die der gesamten Region so oder so einen deutlichen Stempel aufdrücken werden. Mehr institutionelles Europa setzt auch den Blick auf die Neuordnungen in der Nachbarschaft voraus.*

*Für Israel besteht die größte Gefahr nicht in seiner physischen Vernichtung, sondern in der drohenden internationalen Isolierung, im Scheitern einer Zweistaatenregelung sowie in der Metamorphose des Zionismus von einer Bewegung der nationalen Befreiung von Juden zu einem metaphysisch-messianischen Projekt. Gewinnt diese Strömung weiter an Boden, gerät das Axiom der politischen Souveränität ins Wanken, und die Entwicklung läuft auf ein Gemeinwesen aller seiner Bürger hinaus. Bis dahin wird die Zahl der Toten steigen.*

*Für das analytische Verständnis der israelisch-palästinensischen Konfrontation heißt dies: Die LINKE geht in die Irre, solange sie vornehmlich in Kategorien des Territorialkonflikts argumentiert und darüber die schweren ideologischen Prämissen übersieht, die auch auf palästinensischer Seite virulent sind. Dass die Kritik an der eindimensionalen Aufmerksamkeit die anderen Parteien in der Bundesrepublik ebenso trifft, verleiht den Nahost-Debatten im deutschen Parlament regelmäßig den Charakter des Vorläufigen.“*

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Ankara und Tel Aviv gingen nach der Enterung des Schiffes auf Grund. Die von der Regierung in Jerusalem

eingesetzte Turkel-Kommission stellte fest, dass die Aktivisten auf dem Schiff keine Kampf Waffen besaßen und keinen gewaltsamen Widerstand geleistet hätten.

Im September 2011 haben wir eine Woche lang in Ramallah den Vorlauf und die Nachklänge der Reden von Barack Obama, Benjamin Netanjahu und Machmud Abbas vor der UN-Vollversammlung verfolgt und die euphorische Stimmung vieler zehntausend Palästinenser jeden Alters und Geschlechts miterlebt. Allen war klar, dass selbst im Falle einer UN-Vollmitgliedschaft die Besetzung Palästinas nicht gleichsam automatisch beendet sein werde. Dennoch war die Hoffnung weit verbreitet, dass nach dem Mehrheitsvotum nunmehr der Sicherheitsrat nicht länger umhinkomme, sein Gewicht zugunsten der Palästinenser in die Waagschale zu werfen.

Ein Jahr später – der deutsche UN-Botschafter enthielt sich diesmal der Stimme, während unter den Europäern Dänemark, Frankreich, Norwegen, Schweden und Spanien dem Antrag zustimmten – erreichte Palästina einen „Non-Member State“-Status.

#### XV. Sanktionen, Verweigerung von Investitionen („de-investment“) und Boykott

Über Israels Zukunft werden auch die internationalen Sanktionen und die Boykottbewegungen entscheiden. Vor Jahren hatte uns Azmi Bishara – damals Abgeordneter in der Knesset für die arabische „Nationaldemokratische Liste“ („Balad“), Fellow am Jerusalemer „Van Leer Institute“ und heute nach seinem erzwungenen Fortgang 2007 aus Israel (ihm wurde vorgeworfen, während des Libanon-Krieges 2006 Informant der „Hisbollah“ gewesen zu sein) Leiter einer der wichtigsten Forschungsinstitute der arabischen Welt mit Sitz in Amman – bedeutet, dass in Israel eine politische Wende nur dann zu erwarten sei, wenn jeder Bürger die Fortdauer des Konflikts im eigenen Geldbeutel verspüre.

Öffentliche Kampagnen auf internationaler Ebene, die inzwischen die Negierung des Rechts Israels auf nationale Identität einschließen, sind weit mehr als symbolische Diskursakte, sondern die Spitze der Frustration und des

Zorns, die sich auch in den Amtsstuben westlicher Regierungen breitgemacht haben. Zwar investieren Teile der internationalen Wirtschaft nach wie vor in Israel ohne Ansehen der „Grünen Linie“, doch die Vorlagen aus den Niederlanden und aus Skandinavien werden Schule machen. Dies ist der Hintergrund der Beschuldigung Netanjahus Mitte Februar 2013 vor der „Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations“ in Jerusalem, dass Sanktionen gegen den von ihm proklamierten *„jüdischen Staat“* dem *„klassischen Antisemitismus“* des 01. April 1933 in Deutschland gleichkommen, damals *„gegen jüdische Geschäfte und heute im neuen Gewand gegen den jüdischen Staat“*, um diesen abzuschaffen<sup>48</sup>.

Als am 14. März 2011 der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Inge Höger (DIE LINKE) ankündigte, dass sich die Deutsche Bahn nicht länger an der Hochgeschwindigkeitstrasse zwischen Tel Aviv und Jerusalem beteiligen werde, weil *„es sich bei dem Projekt der israelischen Staatsbahn durch von Israel besetztes Gebiet um ein außenpolitisch problematisches und potentiell völkerrechtswidriges Vorhaben“* handele, stießen die Ausführungen bei Gästen des jeden Mittwoch stattfindenden „Deutschen Abends“ auf dem Gelände des Augusta-Viktoria-Krankenhauses in Jerusalem auf ungläubiges Erstaunen: Eine solch dezidierte Haltung hatten sie der Bundesregierung nicht zugetraut. Auch meine Frau und ich waren überrascht.

Inzwischen liegen neue Entscheidungen auf dem Tisch der Diplomaten. Als Schlussfolgerung aus den „Guidelines“ der Europäischen Kommission, die am 01. Januar 2014 in Kraft traten, hat die Bundesregierung ihren Willen bekundet, unabhängig vom Ermessen der übrigen 27 EU-Staaten das „Horizon 2020“-Programm Schritt für Schritt umzusetzen, wobei Nacharbeiten erforderlich sein werden, um Schlupflöcher zu stopfen; ich habe dazu eine Analyse von drei israelischen Frauen ins Deutsche übersetzt und in unsere Homepage

---

<sup>48</sup> Prime Minister Benjamin Netanyahu's Remarks at the Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations, February 17, 2014 via <http://www.pmo.gov.il/English/MediaCenter/Speeches/Pages/speechpre170214.aspx>.

eingestellt<sup>49</sup>. Entgegen Netanjahus Durchhalteparolen und den deutlichen Warnungen aus der Wirtschaft wird die internationale Isolierung Israels weitere Fahrt aufnehmen, wenn ein Vertrag ausbleibt, der nicht für die Autonomiebehörde gesichtswahrend ausfällt, sondern vor allem bei der palästinensischen Bevölkerung auf Zustimmung trifft.

Mit der Vorlage aus Brüssel geht eine Ära zu Ende. Insgesamt gesehen, hatten die Regierungen der westlichen Welt bislang gegenüber Palästinensern und Israelis auf eine Umarmungstaktik („*to kill them with kindness*“, so „Haaretz“ am 03. Januar 2014) gesetzt. Nach offiziellen Angaben aus Jerusalem würde Israel selbst bei einem Teilboykott jährliche Exportverluste von 5,7 Milliarden US-Dollar und den Verlust von fast 10.000 Arbeitsplätzen hinnehmen müssen<sup>50</sup>; Finanzminister Yair Lapid hat die Auswirkungen in der Knesset bestätigt. Netanjahu kam nach einigem Zögern nicht umhin, die Ansätze zu Sanktionen und Boykott im Kreis von Kabinettskollegen anzusprechen, wobei zunächst strittig war, ob die Regierung ihnen mit einer aggressiven öffentlichen Kampagne oder mit stiller Diplomatie begegnen solle.

Die Sanktionsmechanismen sowie De-Investitions- und Boykott-Kampagnen würden einem allmählichen Erstickungstod Vorschub leisten. Das ist der Hintergrund der Sorgen in Israel, die der Wirtschaftswissenschaftler Shir Hever vor kurzem in einer Veranstaltung der „Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München“ aus seinem Buch vortrug<sup>51</sup>. Die sozialen Unruhen vom Frühsommer 2011 sind trotz der nachdrücklichen Aufforderungen einer von der Regierung berufenen Kommission unter Leitung von Manuel Trajtenberg ohne politische Konsequenzen geblieben. Heute können 38 Prozent der Familien mit zwei Kindern (darunter zu 80 Prozent Juden) ihre monatlichen Ausgaben nicht aus eigenem Einkommen bestreiten.

---

<sup>49</sup> Ennes Elias, Yaara Saadi und Rona Moran: Boykott der Siedlungen? Nicht ganz: [http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_berichte/Elias\\_31.07.13.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_berichte/Elias_31.07.13.pdf).

<sup>50</sup> Hirsh Goodman: Losing the Propaganda War, in „International New York Times“ 01.02.2014.

<sup>51</sup> Shir Hever: The Political Economy of Israel's Occupation. Repression Beyond Exploitation. London 2010. Eine deutsche Ausgabe ist für 2014 geplant.

Alan Baker, früherer Rechtsberater des Außenministeriums und Botschafter in Kanada, der heute das „Institute for Contemporary Affairs“ am „Jerusalem Center for Public Affairs“ unter Leitung von Dore Gold führt und dem „Legal Forum for Israel’s International Action Division“ gegen den Boykott der Produkte aus den Siedlungen vorsteht, pflichtete Netanjahu 2013 bei, als er die „Guidelines“ als „*beispiellose und feindselige Fixierung*“ auf Israels Handeln zurückwies und sie in den Bereich der „*falschen rechtlichen und politischen Vorstellungen von der Illegalität der Siedlungen Israels*“ abschob und den „*Status der Waffenstillstandslinien vor 1967 als Israels Grenzen*“ für nichtig erklärte<sup>52</sup>.

Auf palästinensischer Seite geht die Furcht um, dass Israel die Autonomiebehörde für die Sanktionen verantwortlich machen könnte wie in jenen Fällen, in denen das Militär illegale Aktivitäten von Siedlern unterbindet und diese mit Vergeltung („*price tag*“) antworten.

#### XVI. Religionskulturelle und juristische Widerstände gegen Kerry

Biblische und theologische Motive kamen erstmals im Zuge des Sinai-Feldzugs 1956 zum Vorschein, als Ben-Gurion das „Dritte Königreich Israel“ ausrief und ihm daraufhin eine „*Bibliomania*“ vorgehalten wurde<sup>53</sup>. Der Eroberung der heiligen jüdischen Stätten in der Altstadt Jerusalems sowie in der Westbank konnten und wollten sich auch säkulare Zionisten nicht entziehen. Inzwischen hat sich die Religionskultur mit ihren nationalistischen Varianten als Widerpart des bürgerlich-liberalen Gesellschaftsvertrages fest etabliert.

„*Frieden*“ ist zu einer politisch abstrakten, häufig verachteten Formel mutiert. An ihre Stelle ist der „*Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft*“ getreten, wie es im Korintherbrief des Apostel Paulus heißt, und in jüdischen Andachten wird

<sup>52</sup> Amb. Alan Baker: The European Union – Hypocrisy, Hostility and Blatant Prejudice, „Jerusalem Center for Public Affairs“ 18.07.2013.

<sup>53</sup> Anita Shapira: Ben-Gurion and the Bible: The Forging of a Historical Narrative?, in „The Middle Eastern Studies“ 33(October 1997)3, S. 645 ff. Ähnlich schon Yosef Gorny: The State of Israel in Jewish Public Thought. The Quest for Collective Identity. Houndmills and London 1994.

das Land gesungen: „*ER wird Frieden machen in Seiner Höh‘. ER wird für uns und für ganz Israel Frieden machen.*“ John Kerry hat die Formel am 05. Januar 2014 in Jerusalem gegenüber den Altstadtmauern wiederholt: „*Der Herr wird Seinem Volk Kraft geben, und der Herr wird Sein Volk mit Frieden segnen*<sup>54</sup>.“ Dennoch haben sich nicht zum ersten Mal zahlreiche Rabbiner gegen seinen Verhandlungsdruck verwahrt. In einem Offenen Brief schrieb ihm ein „Komitee zur Rettung des Landes und des Volkes Israel“:

*„Ihre unermüdlichen Anstrengungen, uns integraler Teile unseres Heiligen Landes zu berauben und sie der Terroristenbande von [Machmud] Abbas auszuhändigen, kommt einer Kriegserklärung an den Schöpfer und Herrscher des Universums gleich! Denn G'tt übergab das ganze Land Israel an unsere Vorfahren Abraham, Isaak und Jakob als ein Vermächtnis und ein ewiges Erbteil an ihre Nachkommen, das jüdische Volk, bis zum Ende der Zeit*<sup>55</sup>.“

Die Analogie im 1. Makkabäer-Buch, in dem der Hohepriester Simon den Übergang von biblischer Theologie zum politischen Territorialismus proklamiert, ist auffällig:

*„Wir haben uns weder fremdes Land angeeignet, noch haben wir uns fremdes Eigentum genommen, sondern nur das Erbe unserer Väter, das von unseren Feinden einstmals unrechtmäßig besetzt worden war*<sup>56</sup>.“

Generell hat Alan Baker die Auffassung vertreten, dass der Völkerbund 1922 Palästina als Heimstätte des jüdischen Volkes anerkannt habe, die arabischen Staaten hätten aufgrund ihrer Kriege gegen Israel das Mitspracherecht verloren, und König Hussein habe Ende Juli 1988 die jordanischen Ansprüche auf die Westbank aufgegeben. Dass Baker zudem in einem Brief vom 10. November

---

<sup>54</sup> Remarks [of] John Kerry, Secretary of State, David Citadel Hotel, Jerusalem, January 5, 2014.

<sup>55</sup> Annie Robbins: Ultra-nationalist rabbis warn John Kerry of divine punishment for the peace process, in „Mondoweiss“ 06.02.2014.

<sup>56</sup> 1. Makkabäer 15,33. Vgl. Shlomo Sand: Die Erfindung des Landes Israel, a.a.O., S. 119.

2013 Kerry belehrte, dass dieser im Irrtum und schlecht beraten sei, steht im Einklang mit den Grundlinien der offiziellen Politik, und zwar ungeachtet formelhafter westlicher Wiederholungen von Israels militärischer Bedrohung. Baker schrieb:

*„Ihre Feststellung, dass Israels Siedlungen illegitim seien, sind rechtlich nicht haltbar. Das oft zitierte Verbot des Bevölkerungstransfers in besetzte Gebiete (Art. 49 der Genfer Konvention) war gemäß dem offiziellen Kommentar zu jener Konvention seitens des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz 1949 verfügt worden, um den erzwungenen Massentransfer von Bevölkerungen, der von den Nazis im Zweiten Weltkrieg erzwungen worden war, [diesmal] zu verhindern. Das Verbot war nie dazu gedacht, dass sie [die Konvention] auf Israels Siedlungsaktivität Anwendung findet. Versuche der internationalen Gemeinschaft, diesen Artikel auf Israel anzuwenden, stammen aus deutlich parteiischen Motiven, mit denen Sie und die USA sich jetzt identifizieren. Die förmliche Anwendung jener Konvention auf die strittigen Territorien ist unhaltbar, weil diese zuvor nicht von einer legitimen souveränen Macht besetzt wurden. Die Gebiete können nicht als ‚palästinensische Gebiete‘ definiert werden oder, wie Sie selbst es verschiedentlich erklärt haben, als ‚Palästina‘. Eine solche Entität gibt es nicht, und die gesamte Absicht der Endstatus-Verhandlung ist es, durch eine Vereinbarung (»agreement«) den Status festzulegen, auf den Israel, unterstützt von internationalen rechtlichen und historischen Rechten, einen legitimen Anspruch hat. Wie können Sie es sich erlauben (»presume«), diese Verhandlung zu untergraben<sup>57</sup> ?“*

Obwohl sich Baker nicht auf die UN-Teilungsresolution vom 29. November 1947 berufen kann, in der von der Etablierung eines „jüdischen“ und eines „arabischen“ Staates die Rede war – „jüdisch“ als nationale Heimstatt der Juden gedacht – und Ben-Gurion vier Tage später vor dem Zentralkomitee seiner „Partei der Arbeiter im Lande Israel“ („Mapai“) ausführte,

---

<sup>57</sup> Amb. Alan Baker's letter to John Kerry about the settlements. Sunday, November 10, 2013.



*„Jetzt gehen wir daran, einen Staat zu errichten, und es ist angebracht, daran zu erinnern, dass es kein jüdischer Staat sein wird, sondern ein Staat seiner Bürger – nur ein jüdischer Staat im Sinne der Einwanderung und der Ansiedlung“<sup>58</sup>,*

und nachdem Kerry am 13. März 2014 vor dem Außenpolitischen Ausschuss des Repräsentantenhauses die Forderung Israels, als jüdischer Staat anerkannt zu werden, „als einen Fehler“ bezeichnet hatte, warf ihm der ehemalige israelische Botschafter in Kanada die „*Verzerrung der historischen Wahrheiten*“ vor, womit er sein Versagen zu kaschieren suche, die Palästinenser zu einem Kompromiss aufzufordern<sup>59</sup>.

Wie die genannten Rabbiner und Baker haben die Siedler-„Frauen in Grün“ unter dem Beistand von Regierungsmitgliedern die Übertragung der Souveränität auf „Judäa und Samaria“ aus einem einzigen Grund verlangt: *„Dies ist unser Land, das Land Israel, die historisch-biblische Heimat des jüdischen Volkes. Dieses Grundprinzip steht über allen anderen Erklärungen und Überlegungen, so wahr sie auch sein mögen“<sup>60</sup>*. Wer also wie Angela Merkel die Redewendung vom „jüdischen Staat Israel“ im Munde führt, billigt latent die Ausdehnung des israelischen Staatsgebiets auf „Judäa“ und „Samaria“. Nicht von ungefähr hat die israelische Politik darauf verzichtet, die Forderungen an die Gegenseite mit eigenen Friedensplänen zu komplettieren. Schon heute sind palästinensische Beschwerdeführer bei Klagen gegen Soldaten, die „Zivilverwaltung“ – an deren Spitze regelmäßig ein ranghoher Offizier steht – und gegen Siedler auf den israelischen Rechtsweg verwiesen.

Wer auf die Bibel als Legitimationsgrundlage zurückgreift, weist das internationale Recht als belanglos zurück – und spricht, da die biblische Geschichte in Eretz Israel/Palästina stattfindet, vom jüdischen Leben außerhalb dieses territorialen Rahmens als Dasein im „Exil“ („Galut“), das sich der

<sup>58</sup> Amb. Alan Baker's letter to John Kerry about the settlements. Sunday, November 10, 2013.

<sup>59</sup> Ami Gloska: Warum kein arabischer Präsident?, in „Haaretz“ 15.03.2014 (Hebr.).

<sup>60</sup> Women in Green and the Forum of Sovereignty (eds.): Sovereignty. A Political Journal / Issue no. 1 / November 2013.

Verheißung von der „*Einsammlung der Zerstreuten*“<sup>61</sup>“ und damit der Ankunft des messianischen Zeitalters ausdrücklich, und damit gegen Gottes Plan gerichtet, widersetzt. Sollen Antisemiten und Evangelikale mit ihrer Aufforderung „*Juden ab nach Palästina!*“ Recht behalten?

Immerhin interessant für die internationale Diplomatie ist die Bemerkung Bakers an anderer Stelle, dass die Behauptung von dem „*besetzten palästinensischen Territorium*“ keine Grundlage im internationalen Recht habe, weil Gaza und die Westbank in keinem rechtsverbindlichen Dokument oder Vertrag als souveräne palästinensische Territorien ausgewiesen seien. Israels bisheriger Botschafter in Washington Michael Oren drohte jüngst mit der Annexion der Westbank, um einen binationalen Staat zu verhindern – also die Unterstellung der palästinensischen Bevölkerung unter die israelische Souveränität. Dazu gehöre die Aufrechterhaltung der militärischen Kontrolle über „*entscheidende Landstriche*“ („*crucial areas*“), auch um weiter die „*Einheit Jerusalems sicherzustellen*“<sup>62</sup>.

#### XVII. „Jüdischer Staat“, „Staat der Juden“, „Staat Israel“

Die regelmäßig als Argument für die Friedensbereitschaft zitierten Meinungsumfragen, wonach die überwältigende Mehrheit der Israelis für die Zwei-Staaten-Lösung eintrete, sind mit Vorsicht zu behandeln. Ähnliches gilt für die Palästinenser unter dem Vorzeichen der Besatzung, deren Beendigung oberste Priorität genießt. Auch das in der internationalen Publizistik bemühte Mantra vom fehlenden gegenseitigen Vertrauen ist eine Erfindung westlicher Politiker. Es geht vielmehr um die tiefen Widersprüche, zu den die Bindungen an die eigene Religionskultur gehören.

Als Verteidigungsminister Moshe Ya’alon Anfang 2014 die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs überspielte, wonach aus Gründen der Wehrgerechtigkeit

<sup>61</sup> Deut. 30,3-5; Jer. 31,10.

<sup>62</sup> If peace talks fail: Michael Oren’s Plan B, in „The Times of Israel“ 04.03.2013.

auch „Charedim<sup>63</sup>“ eingezogen werden müssen, forderten manche ihrer Repräsentanten die Änderung der Zusammensetzung des Gerichts und den Rücktritt des Ministers. Denn, so ihre Logik, nicht die Geschichte, sondern die Bewahrung der göttlichen Gebote habe dem jüdischen Volk das Überleben gesichert, so Aviezer Ravitzky:

*„Wenn der Herr nicht das Haus baut, arbeiten Seine Bauleute umsonst; wenn der Herr nicht die Stadt behütet, wacht der Wächter umsonst“<sup>64</sup>.*

Die Demonstration von vielen hunderttausend „Charedim“ am 01. März 2014 in Jerusalem zielte in dieselbe Richtung: *„Wir haben den Pharao überlebt, so dass wir auch Netanjahu, [Wirtschaftsminister Naftali] Bennett und Lapid überleben werden.“* Weit davon entfernt, zum Lager der religiösen Orthodoxie zu gehören, glaubte der erste Präsident der Hebräischen Universität Judah L. Magnes (1877 bis 1948) die kritische Frage stellen zu müssen, ob denn die Juden die prophetische Warnung vor der Entwicklung zu einem „Weltvolk“ gleich allen Völkern nicht gehört hätten<sup>65</sup>. Schon von dem „agnostischen Rabbi“ Asher Zvi Ginsberg (1856 – 1927), der unter dem Namen „Achad Haam“ („Einer aus dem Volke“) schrieb, ist eine derartige Mahnung überliefert<sup>66</sup>.

Ende Januar 2014 meldete die israelische Armeezeitschrift „Ba‘Machane“ („Im Lager“), dass die Zahl der Siedler in den höheren Rängen des Militärs auf 16 Prozent angestiegen sei. Dem Bericht vorausgegangen war die Einrichtung einer „Administration für jüdische Identität“ im „Ministerium für religiöse Dienste“, das von Naftali Bennett neben dem Wirtschaftsministerium geführt wird, unter Leitung von Avichi Ronski, einem General der Reserve. Dabei solle es nach den Worten Ronskis, der zwischen 2006 und 2010 dem Militärrabbinat

---

<sup>63</sup> Gen. 66,2: „... und fürchtet sich vor Meinem Wort.“

<sup>64</sup> Aviezer Ravitzky: Das offene Ende und der Judenstaat. Messianismus, Zionismus und religiöser Radikalismus. Tel Aviv 1993 (Hebr.). Der Autor lehrt jüdische Philosophie an der Hebräischen Universität.

<sup>65</sup> Judah L. Magnes: Wie alle Völker...? Aufsätze zur zionistischen Politik. Jerusalem 1930.

<sup>66</sup> Achad Haam: Am Scheideweg. Gesammelte Aufsätze. Bd. I., Berlin 1923. Der Autor bezog sich auf Hesekiel 20,22.

vorstand, um die Intensivierung der jüdischen Identität im Staat Israel durch Talmud-Thora-Kurse vor allem für säkulare Juden gehen, „*um die Verbundenheit des Volkes mit dem Land zu stärken, sein Erbe*“. Der Shabbat sei weder zum Fernsehen da, noch zum Besuch einer Bar<sup>67</sup>.

Um die jüdische Mehrheit im Staat zu wahren, hat Bennett als Vorsitzender der Partei „Das jüdische Heim“ sogar die Idee einer „*halben Staatsbürgerschaft*“ für Juden der Diaspora ins Spiel gebracht<sup>68</sup>. Dagegen hat das konservativ-liberale „Re‘ut Institute“ in Jerusalem, das sich die Beratung der Regierung vorgenommen hat, zur selben Zeit, dafür plädiert, auf die Anerkennung Israels als jüdischen Staat zu verzichten, weil ein Verlust der Bevölkerungsmehrheit kaum durch ein Gesetz wettgemacht werden könne, „*um seine Seele zu retten*“<sup>69</sup>. Der Kampf um die Deutungshoheit findet mit aller Härte statt. Seine Beendigung würde voraussetzen, dass es eine gemeinsam getragene Definition dessen gibt, was „jüdischer Staat“ bedeutet. Die Regierung kann an einem solchen Abschluss kaum interessiert sein, weil ihr damit die propagandistische Nutzung des Begriffs abhanden käme.

Dabei gehen selbst für den so erfahrenen Friedensaktivisten wie Gershon Baskin, dem ich mehrfach auf internationalen Tagungen und bei Mahnwachen im Jerusalemer Viertel Sheikh Jarrach begegnet bin und der 2012 bei der Befreiung des im Juni 2005 von „*Hamas*“ entführten Feldwebels Gil‘ad Shalit maßgeblich mitwirkte, konservative Religiosität und politisch liberaler Weltgeist zusammen, so dass er aus prinzipiellen Gründen einem Staat Palästina ohne die Präsenz einer jüdischen Bevölkerung mit israelischer Staatsbürgerschaft – Baskin griff auf die völkische Formel „*judenrein*“ zurück – widerspricht, weil

---

<sup>67</sup> Yair Ettinger: Plan Bennetts zur Intensivierung der jüdischen Identität, in „Haaretz“ 21.05.2013 (Hebr.). Nachfolgend Or Kashti: Das zentrale Ziel der Administration für jüdische Identität: Schaffung einer Welle des Wissens zur Stärkung der Liebe zur Heimat, in „Haaretz“ 09.07.2013 (Hebr.); Uri Misgav. Wo ist das Geld? Bei der Administration für jüdische Identität vielleicht, in „Haaretz“ 04.03.2014 (Hebr.); Or Kashti: Administration für jüdische Identität prüfte und wies insgeheim die Organisationen des Identitätsprojekts zurück, in „Haaretz“ 07.03.2014 (Hebr.); State sponsored missionary work, in „Haaretz“ 09.04.2014, S. 5.

<sup>68</sup> Bennett: Diaspora Jews should be made ‘semi-citizens’, in „Haaretz“ 18.02.2014.

<sup>69</sup> Gidi Grinstein: Being the Nation State of the Jewish People / The Flexibility Perspective. „The Reut Institute“ 16.02.2014.

„Judäa“ und „Samaria“ die Geschichte und das Erbe des jüdischen Volkes verkörperten und das Land der Thora und der Propheten seien<sup>70</sup>.

Der Religionskultur fernstehende Autoren auf beiden Seiten spielen eher den „*demographischen Faktor*“ aus – den „*Krieg der Gebärmütter*“, um Arafat zu zitieren oder den Argumenten des Soziologen Arnon Sofer (Haifa) zu folgen, dem der Ruf des „*Araberzählers*“ anhaftete. Damit in Verbindung stehen Ideen im Auswärtigen Amt, das „Kleine Dreieck“ und das dort gelegene Wadi Ara mit ihren palästinensischen Bevölkerungen an einen Staat Palästina abzugeben<sup>71</sup> – nicht jedoch, wie von der „Genfer Initiative“ entlang der „Grünen Linie“ auf der Basis 1:1<sup>72</sup>, sondern „*im Gegenzug*“ durch die Annexion der Zone C der Westbank.

Im Übrigen ist der Rückgriff auf den „*demographischen Faktor*“ als Argument für eine Zweistaatenregelung die Aufforderung an die eigenen arabischen Staatsbürger, ihre Geburtenrate an der jüdischen Bevölkerungsentwicklung zu orientieren.

### XVIII. Meine Bilanz und politische Herausforderungen

Beim Treffen mit Netanjahu am 03. März 2014 in Washington hat Obama dessen „*aggressive Siedlungspolitik in den letzten Jahren*“ kritisiert, aber gleichzeitig sein „*Engagement für den Frieden*“ gerühmt – „*Wenn nicht Sie, wer dann, Herr Ministerpräsident?*“ – und Israels „*vitale Interessen*“ zu schützen gelobt, während er Abbas ermahnte, die „*Kosten des Versagens*“ bei den Verhandlungen zu bedenken, und das Menetekel seiner Amtsnachfolge an die Wand malte, die möglicherweise an der Gewaltfreiheit des Widerstandes gegen die Besatzung nicht festhalten werde. Der heute an der Universität Exter (U.K.) lehrende Historiker Ilan Pappé bemerkte 1992:

<sup>70</sup> Gershon Baskin: Encountering Peace: Our Palestinians, their Jews, in „The Jerusalem Post“ 30.01.2014.

<sup>71</sup> Barak Ravid: Foreign Ministry document allows population swap in future peace deal, in „Haaretz“ 25.03.2014, S. 1 f.

<sup>72</sup> Reiner Bernstein: Von Gaza nach Genf. Schwalbach/Ts. 2006, S. 125 ff.

*„Die Amerikaner haben das Konzept des Friedensprozesses erfunden, wobei der Prozess weit bedeutender als der Frieden ist. Amerika hat widersprechende Interessen im Mittleren Osten, die den Schutz bestimmter Regimes in dem Gebiet einschließen, die die amerikanischen Interessen schützen (und deshalb leisten sie Lippendienste gegenüber der palästinensischen Sache), während sie gegenüber Israel Verpflichtungen haben. Um sich nicht zwischen diesen zwei widersprechenden Agenden wiederzufinden, ist es am besten, am laufenden Prozess festzuhalten, der weder Krieg noch Frieden ist, sondern etwas, was man als ein echtes amerikanisches Bemühen bezeichnen kann, beide Seiten zu versöhnen – im Himmels willen diese Versöhnung gelingt<sup>73</sup>.“*

Die Anfrage des zwischen 1961 und 1966 amtierenden Stellvertretenden US-Außenministers George W. Ball, der als einer der sensibelsten US-Diplomaten gewürdigt worden ist, hat an ihrer Aktualität nichts verloren: *„Wer rettet Israel vor sich selbst<sup>74</sup>?“* In der Einleitung seines Buches schrieb Shavit:

*„Die Vitalität unseres Lebens ist erstaunlich. Und doch bleibt immer die Furcht, dass eines Tages das tägliche Leben wie das in Pompeji versteinern wird.“*

Und am Ende lesen wir bei Shavit:

*„Wenn ein Vesuv-gleicher Vulkan ausbrechen sollte und unserem Pompeji ein Ende bereitet, wird es ein lebendes Volk petrifizieren. Menschen, die aus dem Tod gekommen sind und vom Tod umgeben waren und dennoch ein spektakuläres Schauspiel des Lebens entfalteteten. Menschen, die den Tanz des Lebens bis zu Ende tanzten.“*

---

<sup>73</sup> Ilan Pappé: The '48 Nakba & the Zionist Quest For Its Completion, in „Between the Lines“ October 2002, S. 24 ff.

<sup>74</sup> George W. Ball: The Middle East: How to Save Israel of Herself, in „Foreign Affairs“ April 1977.

Eine schaurige Vision, die zur Fassungslosigkeit über die institutionalisierte Politik der schweren Fehler, der haarsträubenden Versäumnisse und der desaströsen Vereinfachungen Anlass gibt. Shavit selbst kann sich ihnen in seinen Kommentaren und Urteilen manchmal nicht entziehen, und die regionalen Akteure und die internationale Diplomatie sind ihnen häufig erlegen. Obwohl er Todesahnungen für inakzeptabel hielt, hat Ehud Baraks früherer Bürochef Gilead Sher, der die Verhandlungen und Gespräche in Camp David und Taba koordinierte, die Frage gestellt, ob der Zionismus und der Staat Israel in der Geschichte eine Episode bleiben würden<sup>75</sup>.

Der Einfluss religiöser Stringenz ist nicht nur auf den Straßen des Landes, sondern vor allem in der schulischen und außerschulischen Bildung und Erziehung, in den Parteien, im Militär und in vielen Kreisen der Zivilgesellschaft sicht- und spürbar. Stand der aus der zaristischen Provinz Mogilev gebürtige Protozionist Peretz Smolenskin (1842 – 1885) für einen Zionismus ohne Judentum – eine Vision, die er in einer Novelle seinem Protagonisten Gabriel an die Adresse Gottes in den Mund legt –,

*„Du bist ewig, Du kannst warten. Denn tausend Jahre sind vor Dir wie ein Tag, der gestern vergangen ist, und wie eine Nachtwache. Unsere Geduld ist aber zu Ende. Vergib Deinen Kindern also, wenn sie das Nahen des Tages beschleunigen<sup>76</sup>“*,

so hat die eskalationsbereite Religionskultur in ihren verschiedenen Varianten das öffentliche und private Leben seit dem Junikrieg tief geprägt. Den Anfang machte der religiös nicht auffällige Verteidigungsminister Moshe Dayan, als er im Kreis von Fallschirmjägern am 07. Juni 1967 die israelische Flagge auf dem Tempelberg hissen ließ und als die Sängerin Naomi Shemer auf Bitten von Bürgermeister Teddy Kollek – auch er war für religiöse Observanz nicht bekannt – zum 19. Unabhängigkeitstag das Lied *„Jerusalem aus Gold“*

---

<sup>75</sup> Gilead Sher: *The Israeli-Palestinian Peace Negotiations, 1999–2001. Within Reach.* London and New York 2006. Ebenfalls Yossi Beilin: *The Path to Geneva. The Quest for a Permanent Agreement 1996–2004.* New York 2004.

<sup>76</sup> Zit. bei Smarya Levin: *Kindheit im Exil.* Berlin 1931.

*„Die Luft der Berge ist klar wie Wein,  
und der Duft der Pinien schwebt über dem Hauch des Abends  
und mit ihm der Klang der Glocken.*

*Und im Schlummer von Baum und Stein,  
gefangen in ihrem Traum,  
liegt die vereinsamte Stadt und in ihrem Herzen eine Mauer.*

*Jerusalem aus Gold und aus Kupfer und aus Licht,  
lass mich doch für all deine Lieder die Geige sein.*

*Wie vertrocknet die Brunnen sind,  
wie leer der Marktplatz.  
Keiner, der den Tempelberg in der Altstadt besucht.*

*Und in den Höhlen der Felsen heulend die Winde.  
Es gibt keinen, der hinabsteigt zum Toten Meer  
auf der Straße nach Jericho.*

*Jerusalem aus Gold und aus Kupfer und aus Licht,  
lass mich doch für alle deine Lieder die Geige sein.*

*Doch als ich heute kam, um für dich zu singen  
und dir Kronen zu binden,  
bin ich doch das geringste aller deiner Kinder,  
das letzte, dem es zustünde, dich zu besingen.*

*Brennt doch dein Name auf den Lippen wie ein Kuss der Serafim:  
Wenn ich dein vergessen würde, Jerusalem, du ganz und gar Goldene.*

*Ja, wir sind zurückgekehrt  
zu den Brunnen, zum Markt und deinen Plätzen.  
Der Klang des Shofars hallt über dem Berg dort in der Altstadt.*

*Und in den Höhlen am Felsen scheinen Tausende Sonnen.*



*Lass uns wieder hinabsteigen zum Toten Meer über die Straße nach Jericho.*

*Jerusalem aus Gold, aus Kupfer und aus Licht,  
lass mich doch für all deine Lieder die Geige sein<sup>77</sup>.“*

vortrag. Es avancierte schnell zur inoffiziellen Nationalhymne. Als ich es zum ersten Mal in Jerusalem hörte, war ich tief bewegt. Ich verstand nicht den politischen Appell, den der Text vortrug. Auch war mir nicht hinreichend klar, dass die von Dayan proklamierte „aufgeklärte Besatzung“ mit dem Anspruch der Normalisierung des palästinensischen Alltagslebens ohne eine demokratisch organisierte Teilhabe an politischen Entscheidungen nur gegen den Widerstand der Bevölkerung in den besetzten Gebieten durchsetzbar sein würde. Der Militärgeneralstaatsanwalt Meir Shamgar sorgte dafür, dass dem Militärkommandeur der Gebiete legislative Befugnisse übertragen wurden und die ersten Siedlungen entstanden<sup>78</sup>. Für ihn war das internationale Recht nicht mehr als „eine komplexe intellektuelle Konstruktion“.

Drei Jahre später veröffentlichte Yehuda Z. Blum, Dozent für internationales Recht an der Hebräischen Universität und später UN-Botschafter, einen Beitrag mit dem Titel „Der fehlende Antragsteller“. Darin vertrat er die Auffassung, dass der *„Rechtsstandpunkt Israels zu den eroberten Gebieten der eines Staates ist, der rechtlich ein Gebiet kontrolliert, auf das kein anderer Staat einen besseren Titel vorweisen kann“*<sup>79</sup>.

Die zitierte Positionen Alan Bakers haben also eine lange Vorgeschichte. Ihnen gegenüber stand einstmals die Charta der PLO mit dem Aufruf zum

<sup>77</sup> Adaptation der Übersetzung aus dem Hebräischen von David Gall, München. Gemäß Jes. 6,2 sitzen die Serafim („Engel“) an der Seite Gottes. Das Blasen des Widderhorns, das an die von Gott vereitelte Opferung Isaaks gemahnen soll (Gen. 22), findet besonders zum jüdischen Neujahr und am Versöhnungstag statt. „Wenn ich dein vergessen würde...“ erinnert an Psalm 137,5: „Jerusalem, wenn ich dein vergesse, verdorre meine rechte Hand.“

<sup>78</sup> Ariella Azoulay & Adi Ophir: *The One-State Condition. Occupation and Democracy in Israel/Palestine*. Stanford 2013.

<sup>79</sup> Yehuda Z. Blum: *The Missing Reversioner: Reflections on the Status of Judea and Samaria*, in „Israel Law Review“ 3(1968).

bewaffneten Kampf gegen die „zionistische Entität“, der sich in Terroranschlägen Bahn brach. Mit anderen Worten: Während sich die palästinensische Unabhängigkeit vom November 1988 auf die Zwei-Staaten-Regelung festlegte, läuft die israelische Politik von heute auf einen gemeinsamen Staat hinaus, und zwar mit erklärten Prioritäten bei den Bürgerrechten – hier zum Vorteil der Juden, dort zum der Araber.

Dazu passt, dass Baker den Palästinensern – und jüngst Saeb Erakat – die Manipulation ihrer Geschichte vorgehalten hat, indem sie sich auf ihre kanaanitische Genealogie berufen, die jedoch beduinischen Ursprungs aus dem im westlichen Teil des heutigen Saudi-Arabien gelegenen Hedjas sei – von wo der Sherif von Mekka und spätere Emir und König von (Trans-)Jordanien Abdullah stammte. Erakats Behauptung wollte Baker mit der Dokumentation der jüdischen Bindung an das Land Israel konterkarieren<sup>80</sup>.

Am 22. September 1967 legte die „Bewegung für das ganze Land Israel“ ein Manifest namhafter Intellektueller, Autoren, Dichter und Wissenschaftler vor, dessen Substanz der Dichter Nathan Alterman (1910 – 1970), unterstützt von Shmuel Yosef („Shai“) Agnon (1888 – 1970) und anderen, in einem Beitrag für „Maariv“ am 16. Juni vorweggenommen hatte:

*„Dies ist die Bedeutung unseres Sieges: Er tilgte gegen alle praktischen Absichten die Unterscheidung zwischen dem Staat Israel und dem Land Israel. Zum ersten Mal seit der Zerstörung des Zweiten Tempels ist das Land Israel in unserer Hand. Seither sind der Staat und das Land eine Einheit...“<sup>81</sup>*

Wir sind nach Shilo und nach Anatot<sup>82</sup> zurückgekehrt, um niemals von dort wegzugehen, ergänzte Dayan. Für den Jerusalemer Politologen Ehud Sprinzak (1940 – 2002) bildete der Ende Februar 1974 gegründete „Gush Emunim“

<sup>80</sup> Amb. Alan Baker: Changing the Historical Narrative: Saeb Erakat's New Spin, „Jerusalem Center for Public Affairs“ 23.04.2014.

<sup>81</sup> Zit. bei Eisig Silberschlag: From Renaissance to Renaissance, II. Hebrew Literature in the Land of Israel: 1870–1970. New York 1977.

<sup>82</sup> Buch Josua 18 + 13.

(„Block der Glaubenstreuen“) nur die *„Spitze eines kulturellen und sozialen Eisbergs“*<sup>83</sup>.

Das erste Kapitel meines Buches „Der verborgene Frieden“ hatte ich mit dem Zitat eingeleitet:

*„Wer im Nahen Osten lebe und den dringenden Wunsch nach Frieden verspüre, könne leicht depressiv werden, vermerkte vor mehr als einem Vierteljahrhundert [1972] der Jerusalemer Historiker Jehuda Leib Talmon (1916 – 1980); jüngere Kommentare beklagen ein ‚unversöhnliches Land‘ und ein ‚Land der Extreme‘.“*

Wer sorgt für den *„guten Namen Israels“* vom Standpunkt der Moral und der Gerechtigkeit, hat sich jetzt die Soziologin Eva Illouz erkundigt<sup>84</sup>, nachdem die 19 Jahre zwischen 1948 und 1967 von den 47 Jahren der Besatzung in den Schatten gestellt worden sind?

Für den Politologen Myron J. Aronoff und den Soziologen Yonathan Shapiro hatten Israels Gründungsväter zwar innerhalb eines demokratischen Milieus agiert, sich aber nicht die Zeit genommen, ihre Konzeption von Demokratie zu klären oder nach dem angemessenen institutionellen Rahmen für den neuen jüdischen Staat zu suchen<sup>85</sup>. Sprinzak hat dieses Urteil um den Vorwurf des *„elite illegalism“* erweitert:

*„Israels Führer, so sieht es aus, scheinen nicht prinzipiell antidemokratisch zu sein oder ein alternatives Regierungsmodell für die demokratische Ordnung zu haben. Doch ihre Konzeption von Demokratie ist beschränkt, und ihre Verpflichtung auf die universalen Prinzipien des Rechts, die heute*

---

<sup>83</sup> Ehud Sprinzak: Gush Emunim: The Tip of the Iceberg, in „The Jerusalem Quarterly“ # 21/Fall 1981.

<sup>84</sup> Eva Illouz: 47 years a slave, in „Haaretz“ 07.02.2014.

<sup>85</sup> Myron J. Aronoff: The Origins of Israeli Political Culture, in Ehud Sprinzak & Larry Diamond (eds.): Israeli Democracy Under Stress. Boulder & London 1993, S. 46 ff.; Yonathan Shapiro: The Historical Origins of Israeli Democracy, in Sprinzak/Diamond, a.a.O., S. 65 ff.

*als ein integraler Teil der modernen Demokratie anerkannt sind, ist sehr tief angesiedelt*<sup>86</sup>.“

In Übereinstimmung mit Sprinzak beschuldigte Yehoshafat Harkabi, zur „*macchiavellistischen Taube*“ mutierter militärischer Geheimdienstchef in den 1950er Jahren und nachmaliger Politologe in Jerusalem, die Regierenden „*eines israelischen Absolutismus*“<sup>87</sup>.

Jüngst hat auch Marwan Muasher in seinem Plädoyer „The Second Arab Awakening and the Battle for Pluralism“<sup>88</sup> das „*dünnhäutig*“ gebliebene Bemühen in der arabischen Welt um Gewaltenteilung, demokratische Partizipation, politischen und religiösen Pluralismus sowie um die Achtung der Menschenrechte und des Versammlungsrechts gegeißelt und dabei auch „sein“ Jordanien nicht vergessen.

Die von den Soziologen Sammy Smooha (Haifa) und Oren Yiftachel (Beersheva) verwendete Charakterisierung Israels als einer „*ethnischen Demokratie*“, in der sich Juden gegenüber den Minderheiten in ihrer Mitte eine Vorrangstellung sichern, hat sich längst erledigt. Die bürgerliche Mitte und die politische Linke – das „*andere Israel*“ –, stehen mit ihren Appellen zugunsten einer „*Bürgerrepublik*“ gegenüber den Protagonisten eines „*jüdischen Staates*“ aus der Kombination von Religion und Nationalismus auf verlorenem Posten. Am 12. März 2014 meldete „Haaretz“, dass eine als gemeinnützig anerkannte Gruppe unter dem Namen „Ha-Re’ut“ („Die Sicht“) subventionierte Besichtigungstouren durch die Westbank für angehende Soldaten organisiert, wobei Treffen mit politisch links stehenden Gruppen wie „Breaking the Silence“ ausgeschlossen seien<sup>89</sup>.

---

<sup>86</sup> Ehud Sprinzak: *Elite Illegalism in Israel and the Quest of Democracy*, in Sprinzak/Diamond, a.a.O., S. 173 ff.

<sup>87</sup> Yehoshafat Harkabi: *Israel's Fateful Hour*. Cambridge et al. 1988.

<sup>88</sup> New Haven and London 2014.

<sup>89</sup> Chaim Levinson: *No leftism allowed at right-wing group's pre-army tours*, in „Haaretz“ 12.03.2014, S. 2.

*„Viele Historiker des Zionismus“, so Zeev Sternhell, hätten sich in ein „intellektuelles Ghetto“ vergraben<sup>90</sup>, aus dem für Thomas L. Friedman der Publizist Meron Benvenisti wie „eine Oase des Wissens in den intellektuellen Wüsten des Nahen Ostens herausragt – Wüsten, wo Scharlatane und Ideologen, agitatorische Hausierer [„hucksters“] und heilige Männer, von Fakten, von der Geschichte oder von Statistiken unbelastet, Schlüsse ziehen und Gott herbeirufen [„opine and divine“]<sup>91</sup>.*

Der in Jerusalem lehrende Historiker Daniel Blatman gestand jüngst seinen erwachsenen Kindern, dass er sie in der untergegangenen Kultur der menschlichen Würde, der gleichen Rechte, einer pluralistischen Gesellschaft und des Schutzes der Schwachen und Verfolgten erzogen habe<sup>92</sup>.

Nach der Eröffnung der von Bundestagspräsident Norbert Lammert eröffneten Ausstellung „wonderland“ auf Veranlassung der Fraktion der LINKEN, zu der wir in Anwesenheit der israelischen und palästinensischen Künstler im September 2012 eingeladen waren, schrieb mir der Abgeordnete Wolfgang Gehrcke: Er habe den Eindruck gewonnen,

*„dass so richtig keiner mehr an die Zwei-Staaten-Regelung glaubt oder kämpft. Eine unendliche Müdigkeit, das habe ich bei den vielen Akteuren wahrgenommen. Umgekehrt gewinnt die Ein-Staat-Lösung, die aus meiner Sicht keine Lösung ist, an Zuspruch und Sympathie. Nur, mir konnte niemand die Frage beantworten, was denn an der Ein-Staat-Lösung bei den Zuständen in Israel fortschrittlich sein soll.“*

In unseren Gesprächen mit den Gästen aus dem Nahen Osten stellte sich heraus, dass den meisten Israelis die Vorstellung fremd ist, dass die Westbank nicht zu Israel gehört. Am 08. Januar 2014 stimmte die Knesset dem Antrag eines Abgeordneten der Arbeitspartei nieder, welcher der Regierung die

---

<sup>90</sup> Zeev Sternhell: *The Founding Myths of Israel. Nationalism, Socialism, and the Making of the Jewish State.* Princeton, N.J., 1998.

<sup>91</sup> Meron Benvenisti: *Intimate Enemies. Jews and Arabs in a Shared Land.* Berkeley, Los Angeles, London 1995, Foreword.

<sup>92</sup> Daniel Blatman: *Help Israel cure its racist cancer*, in „Haaretz“ 07.03.2014, S. 9.

einseitige Annexion palästinensischen Boden zu untersagen suchte. Auch wenn nichts entschieden ist, solange es nicht entschieden ist: Die Zwei-Staaten-Lösung gemäß den internationalen diplomatischen Bemühungen hat sich erledigt. In einem Begleitkommentar mit dem Titel „Endspiele“ führte ich dazu am 19. März 2012 aus:

*„Die internationale Staatengemeinschaft, der ansonsten die Einigkeit in entscheidenden Fragen der Weltpolitik kaum nachzusagen ist, will sich auch nach dem selbstverschuldeten Fiasko des 23. September 2011 in New York von der Forderung nach einem Staat Palästina an der Seite des Staates Israel nicht abbringen lassen. Unter dem Schutzschirm zahlloser Resolutionen, Debatten und Regelungsvorschläge der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Regierungen in aller Welt hat sich jedoch eine ganz andere Realität durchgesetzt.*

*Mit einer 2-Staaten-Lösung, in welchen Grenzen und unter welchen politischen, demographischen, kulturellen und sonstigen Bedingungen auch immer sie entstehen könnte, hat sie nichts gemein. Israelischen Politikern, ob rechts oder links, sowie Wissenschaftlern und Autoren ist längst klar, dass die Chancen für einen Staat Palästina gleich null sind. Gleichzeitig sind sich alle darin einig, dass der Status quo auf Dauer unhaltbar ist. Selbst Führungskräfte der Siedler kommen zu diesem Schluss, wenn sie anstelle biblischer Verheißungen den Verstand einsetzen.*

*In Gang gekommen ist eine Diskussion, die das Verhältnis zwischen jüdischen und arabischen Israelis nach dem Motto einschließt, dass sich, wenn sich hier grundsätzlich nichts zum Besseren ändert, die Konfrontationslinien zwischen beiden Völkern weiter verschärfen werden. Die einzige Frage, über welche die Protagonisten der These von der Aussichtslosigkeit einer auch nur in Ansätzen gelungenen friedlichen Kohabitation streiten, läuft auf Alternativen hinaus, die mit der in ‚Friedenskreisen‘ phantasierten Einstaatlösung nichts zu tun haben oder ins 22. Jahrhundert gehören:*

*Wenn die Annexion der Westbank und die Naturalisierung der dortigen palästinensischen Bevölkerung nicht möglich sind, müsse sie entscheiden, ob sie unter der Ägide der jüdischen Souveränität Bewohner Israels ohne politische Repräsentanz in den staatlichen Institutionen – diesen Vorschlag hat der Präsident der Al-Quds University Sari Nusseibeh vorgetragen – oder ob sie in allen Teilen zwischen Mittelmeer und Jordansenke israelische Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten einschließlich des Militärdienstes werden wollen. Die Annäherung der um ihre Autorität kämpfenden ‚ Hamas‘ im Gazastreifen an die ‚Partei der Freiheit und Gerechtigkeit‘ der Moslebruderschaft in Ägypten signalisiert überdies eine Absatzbewegung, die Führungskader um Khaled Meshal geradezu verzweifelt stoppen wollen, und zwar um den Preis des Einschwenkens auf die 2-Staaten-Lösung.*

*Die angedeuteten Entwürfe könnten jedoch durch eine ganz andere Entwicklung überlagert werden: Die vorsichtigen Reformschritte Abdullahs II. haben die Spannungen zwischen den zwei Millionen Jordaniern palästinensischer Herkunft, von denen nur noch 17 Prozent in Flüchtlingslagern leben, und jenem Bevölkerungsteil mit ursprünglich beduinischer Kultur nicht gemildert. Ja, letzteren mit besonderen Bindungen an das Königshaus plagt die Sorge, dass er von der wirtschaftlichen und intellektuellen Dynamik unter den palästinensischen Landsleuten abgehängt wird, während jene auf stärkere parlamentarische Mitwirkungsrechte drängen.*

*Da dem haschemitischen Königshaus der Weg in die konstitutionelle Monarchie aufgrund der Abhängigkeiten von Saudi-Arabien und den Golf-Emiraten verbaut ist, werden die Stimmen der Zusammenführung beider palästinensischer Volksteile immer lauter – König Husseins Föderationsplan vom März 1972 und die israelische Formel von der ‚jordanischen Option‘ erleben unter historisch veränderten Vorzeichen eine Neuauflage: die eines künftigen verfassungspolitischen Zusammenrückens zwischen East Bank und West Bank. Unter diesem Horizont könnten die Haschemiten als Bewahrer der heiligen islamischen Stätten in Jerusalem ihre religionspolitischen Ansprüche wahren.*

*Von all diesen Debatten sind hiesige spontane Ausbrüche der Empörung über ein ‚Apartheid-Regime in Hebron‘, das sich seit langem auch in anderen Teilen der palästinensischen Gebiete breitgemacht hat, ebenso weit entfernt wie der jüngste Vorschlag einer ‚internationalen Präsenz‘ zur Förderung und Implementierung eines Friedensprozesses, dem der Geist der 2-Staaten-Lösung längst abhanden gekommen ist. Die deutsche und die internationale Nahostdiplomatie werden genötigt sein, die andersgearteten Perspektiven in den Blick zu nehmen und zu wägen. Schließlich gibt es keinen Staat in der Region mit ethnischer, kultureller und religiöser Homogenität, wie das gegenwärtig um seine Integrität ringende Syrien mit Tausenden Opfern erneut belegt. Dieser Vorgang darf in Israel/Palästina keine Doppelung finden.“*

Da sich das Scheitern eines Staates Palästina seit langem abzeichnete, hat der an der „Columbia University“ lehrende Politologe Rashid Khalidi über die Kritik an der israelischen Politik und an der Rolle der USA als „Makler der Täuschung“ hinaus der arabischen Führung Palästinas seit der Mandatszeit vorgehalten, dass sie anstelle ihrer Totalverweigerung viele Alternativen zur Verfügung gehabt hätte. Aus dieser Beobachtung leitete Khalidi seine zentrale Frage ab, ob die Staatlichkeit das bestimmende Ergebnis für ein Volk sei, das sich trotz seiner klar definierten nationalen Identität als unfähig erwiesen habe, dauerhafte und lebensfähige Strukturreformen zu entwickeln und ein nationales Territorium zu kontrollieren, in dem diese Selbständigkeit hätte Platz greifen können. Seien wir vielleicht, fragte der Autor weiter, von der Idee des Nationalstaates so besessen, dass wir eine Voreingenommenheit an den Tag legen, die wir in der Nachfolge der Hegelschen Naturrechtsphilosophie mit der Gefahr einer „Staatsvergottung“ ins Zentrum des historischen Narrativs stellen<sup>93</sup>?

---

<sup>93</sup> Rashid Khalidi: The Iron Cage. The Story of the Palestinian Struggle for Statehood. Boston 2006. Eine ausführliche Besprechung findet sich unter [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-54-Khalidi-Cage.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-54-Khalidi-Cage.pdf). Dazu Rashid Khalidi: Brokers of Deceit: How the U.S. Has Undermined Peace in the Middle East. Boston 2013. Neben seiner Professur an der „Columbia University“ ist Khalidi der Herausgeber des „Journal of Palestine Studies“.



Nachdem die Option eines souveränen Staates Palästina regelrecht zunichte gemacht worden ist, werden beide Völker gehalten sein, einen dritten Weg der nationalen Erfüllung und der individuellen Würde einzuschlagen – ob im Rahmen einer bundesstaatlichen Ordnung oder eines Kondominiums wie gegenwärtig in den „gemischten“ Städten Tel Aviv-Jaffo, Jerusalem, Haifa und Akko<sup>94</sup>. 1971 hatte Harkabi für einen „Kompromiss ... auf höherer Ebene“ plädiert, wonach um der Konfliktregelung willen „Israel nach und nach einige Attribute seiner Souveränität an die Zentrale einer Nahost-Konföderation oder Föderation“ abtreten müsse“<sup>95</sup>, bevor von Faisal Husseini (1940 – 2001) die Erkundigung überliefert worden ist:

*„Warum keine Konföderation zwischen Israel und dem palästinensischen Staat? Wir würden wirklich von Eurer Erfahrung und Eurer Demokratie mehr als von Jordanien lernen“<sup>96</sup>.*

Nach den Worten des in Tel Aviv lehrenden Yehuda Shenhav war die „Grüne Linie“ eh

*„eine willkürliche Grenze. Sie ignorierte die Existenz einer palästinensischen Gesellschaft, übersah ihre politische, städtische und soziale Infrastruktur, enteignete sie ihrer Dörfer, Städte und städtischen Gemeinschaften, trennte Familien voneinander und gab die Geschichte des Konflikts zwischen Juden und Palästinensern vor dem Krieg von 1948 dem Vergessen preis“<sup>97</sup>.*

Mittlerweile sind selbst die „Israel Palestine Creative Regional Initiatives“ (IPCRI) unter der neuen Führung von Riman Barakat und Dan Goldenblatt – in

<sup>94</sup> Dazu Russell Nieli: Toward a Permanent Palestinian/Israeli Peace – the Case for Two-State Condominialism. Die Ausführungen gründen auf einem Vortrag, den der Autor im Frühjahr 2008 am „Center for Jewish Life“ der „University of Princeton“ hielt.

<sup>95</sup> Yehoshafat Harkabi: Eine israelische Stimme, in „Beiträge zur Konfliktforschung“ 1/1971, S. 103 ff.

<sup>96</sup> Yossi Beilin: The Path to Geneva. The Quest for a Permanent Agreement, 1996–2004. New York 2004.

<sup>97</sup> Yehuda Shenhav: Beyond the Two-State-Solution. A Jewish Political Essay. Cambridge (U.K.) und Malden (U.S.A.) 2012.

Ablösung des „Israel Palestine Center for Research and Information“ unter Leitung des dezidiert an der Doppelstaatlichkeit in Palästina festhaltenden Gershon Baskin – auf konföderative Ideen eingeschwenkt. Damit fand der von dem Soziologen Arend Lijphart geprägte Begriff „*consociational democracy*“ für plurale Gesellschaften und demokratische Regimes eine Wiederbelebung. In einer solchen Demokratie, schrieb Lijphart,

*„werden die zentrifugalen Kräfte, die zu einer pluralen Gesellschaft gehören, von kooperativen Einstellungen und Verhaltensregeln seitens der Führer der verschiedenen Segmente der Gesellschaft in Schach gehalten“<sup>98</sup>.*

Benvenisti, einst in palästinensischen Augen der einflussreichste „Binationalist“, und andere Autoren zogen den Begriff „Konsensdemokratie“ vor<sup>99</sup>. Für den palästinensischen Literaturwissenschaftler und Publizisten Edward Said kann sich für Palästinenser und Juden aus der Erfahrungsgeschichte ihrer Zerstreuung die Chance einer Allianz ergeben<sup>100</sup>. Die Teilung Zyperns vor 45 Jahren ist kein Beispiel gegen die nationale Koexistenz auf der Grundlage der Ebenbürtigkeit. Denn ohne die Fernsteuerungen aus Athen und Ankara hätte die Trennung der griechischen und der türkischen Volksgruppen voneinander keinen Bestand gehabt. Dagegen wäre die staats- und kulturpolitische Katastrophe im Falle der Übertragung des libanesischen Modells der „Konkordanzdemokratie“ auf der Grundlage des Religionsproporz nach der Volkszählung von 1932 („tarifiya“) und dem Nationalpakt von 1943 („al-mithaq al-watani“) für Israelis und Palästinenser vorprogrammiert.

Der von Frank-Walter Steinmeier angekündigten „*Selbstüberprüfung*“ im „*Instrumentenkasten von Diplomatie*“ stehen gewaltige Aufgaben bevor. In den Archiven am Werderschen Markt lagern Regelungsvorschläge zu Hauf. Sie zu

<sup>98</sup> Arend Lijphart: *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*. New Haven and London 1977.

<sup>99</sup> Meron Benvenisti: *Future Vision vs. dividing and ruling*, in „Haaretz“ 15.03.2007. Außerdem Zeev Schiff: *Self-inflicted injury*, in „Haaretz“ 26.01.2007, und Shulamit Aloni: *A country of some of its citizens?*, in „Haaretz“ 24.02.2007.

<sup>100</sup> Edward Said: *Freud and the Non-Europeans*. London 2003.

sichten und ihre aktuelle Tauglichkeit zu bewerten, dürfte ein erster bahnbrechender Schritt sein. Dabei wird auffallen, dass im UN-Sicherheitsrat die Entscheidung unterblieben ist, die Westbank, Ost-Jerusalem und den Gazastreifen als Territorien des künftigen Staates Palästina auszuweisen.

Die Bemerkung Sari Nusseibehs im Jüdischen Museum Hohenems (Vorarlberg), dass die eingefahrenen Parameter der westlichen Diplomatie die eigentliche Gründe für die Erfolglosigkeit ausmachen<sup>101</sup>, sollte in den westlichen Hauptstädten ernsthaft geprüft werden. Die englische Sprache hält einen einprägsamen Begriff parat: „*leadership*“, im 19. Jahrhundert nannte man es „*Staatskunst*“. Aus ihr sollten die Israelis und die Palästinenser Nutzen ziehen, damit sie ihr Schicksal endlich in die eigene Hand nehmen. Dabei werden sie sich freilich den staats- und politiktheoretischen Umbrüchen im gesamten nahöstlichen Raum nicht entziehen können.

Noch einmal erinnere ich mich beim Rückblick auf „*mein halbes Jahrhundert*“ an die beiden Credos: Das Recht auf individuelle Freiheit und politischen Frieden ist unteilbar, hier und dort. „Der politische Punkt ist der, dass man das jüdische Volk nicht gegen die Zerstörung verteidigen kann, ohne das palästinensische Volk gegen die Zerstörung zu verteidigen“. Der Feststellung Judiths Butlers ist nicht hinzuzufügen<sup>102</sup>.

-----

---

<sup>101</sup> Dazu Sari Nusseibeh: *What Is a Palestinian State Worth?* Cambridge et al. 2011. Eine ausführliche Rezension unter Einschluss des Vortrags Nusseibehs in Hohenems findet sich unter [www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge\\_rezensionen/Rezensionen-193-Nusseibeh.pdf](http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-193-Nusseibeh.pdf).

<sup>102</sup> Judith Butler: *Parting Ways. Jewishness and the Critique of Zionism*. New York 2012.